

Kamener Zeitung

Vollkammer für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den 10. Monat 2 Goldmark. Falls
wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung
gehindert sind, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf
Erfüllung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Ent-
schädigung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: Dr. Schürer, Kamen.

Nr. 245 (1. Blatt)

Montag, den 19. Oktober 1925.

53. Jahrgang.

Polizeidebatte im Landtag.

Sitzung des Preussischen Land-
tages vom 17. Oktober 1925.

Seine Verlängerung der Polizeistunde.

Der Preussische Landtag setzte am Sonn-
abend die Beratung des Etats des Innen-
ministeriums bei Besprechung der Polizei-
angelegenheiten fort. Abg. Stieler (Ztr.)
verlangte eine materielle Aufbesserung der
Polizeibeamten. Beunruhigend sei die Häufung
der Selbstmorde in der Schutzpolizei.
Abg. Mehlenthin (D. Vp.) trat für
eine Vervielfachung der Landräger ein. Dem
Polizeiminister könne die Deutsche Volkspartei
kein Vertrauen entgegenbringen, da er augen-
scheinlich die Staatsinteressen hinter die
Parteiinteressen stelle.

Der Kommunist Eberlein verlas eine
Erklärung seiner Fraktion, worin der Minister
Severing und dem ganzen Ministerium das
schärfste Mißtrauen ausgesprochen wird.

Innenminister Severing

erklärte, zu den Mißtrauensvoten erst nach
Abschluß der gesamten Aussprache Stellung
nehmen zu wollen. Der Minister verteidigte
seinen Standpunkt, an dessen Aufhebung
er gar nicht denke; nötigenfalls sei er sogar
bereit, ihn auf Grundmützel und Schlagringe
anzubringen. Der kommende Winter werde
sehr schwere Verhältnisse bringen und daher
müsse sich der Staat auf seine Schutzpolizei
verlassen können. Solange die Verhältnisse
nicht genügend konsolidiert seien, sei
Sparankstreben bei der Schutzpolizei am wenigsten
angebracht. An eine weitere Ver-
längerung der Polizeistunde sei bei
den jetzigen Wirtschaftsverhält-
nissen nicht zu denken. Unersichtlich wies
der Minister die Beschimpfungen der Schutzpolizei
durch den Abg. Eberlein zurück. — Der Abg.
Stieler hat, so sagte der Minister dann noch
weiter, gefragt, ob es richtig sei, daß
2300 Kommunisten im Ruhrgebiet in die
Schutzpolizei einbereitet

seien. Auch die „Deutsche Zeitung“ hat unter
der „Spitzmarke“ „Pratorianer-Garden
Severings“ einen Artikel gebracht, der un-
geheuer die Behauptung enthält, daß im
Ruhrgebiet 2300 Gewerkschaftler in
die Polizei aufgenommen wären, weil
sie meiner politischen Richtung angehörten. —
Es ist sehr oft von der Verpflegung der
Staatsregierung die Rede gewesen, denjenigen
Männern und Beamtengruppen, die sich in
den letzten Jahren hervorragend bewährt haben,
für ihre Pflichterfüllung öffentlich Dank zu
sagen, diesem Dank auch Taten folgen zu
lassen und ihm dadurch Ausdruck zu geben,
daß eine Aufbesserung der Bezüge eintritt.
Es ist der größte Undank, wenn man die
Aufnahme dieser 2300 Männer als Erfolge
politischer in die Schutzpolizei mit solchen
hämischen Glossen begleitet. Diesen 2300
Männern verdanken wir es, daß in der
schwersten Zeit des Jahres 1923 in Rheinland
und Westfalen die Ruhe und Ordnung auf-
recht erhalten worden ist. (Lebhafter Beifall).

Abg. Bartelds-Hannover (Dem.) trug eine
große Reihe besonderer Beamtenwünsche vor
und forderte u. a. baldige Vorlegung eines
Unfallfürsorgegesetzes für alle Polizeibeamten,
auch für die Landräger, bei denen die Un-
fallfürsorge besonders hoch steht. Für die Be-
amten sollten auch Krankenkassen eingeführt
werden.

Nach weiteren Ausführungen der Abg.
Gint (Ztr.), Müller-Franken (Wirtsch.
Bgg.) und Markwald (Soz.) wurde die
allgemeine Aussprache beendet.

Politische Kundgebungen in Breslau.

General Ludendorff auf der Tannenbergleier. —
Drohendes Vorgehen der Kommunisten.

Der Tannenbergleier in Breslau hatte zu
einer Tannenbergleier General Luden-
dorff eingeladen, der eine fast einstündige Rede
hielt. Die Versammlung verlief unter unge-
heurem Andrang im Saale und auf der Straße
auswärts ohne Störung. Gegen Schluß hatten
sich aber in den Nebenstraßen große Scharen
von Angehörigen der Linksparteien, meistens
Kommunisten, gesammelt, die bei der Ab-
fahrt Ludendorffs dessen Kraftwagen umringten
und eine drohende Haltung einnahmen. Dem
Eingreifen der Polizei gelang es, das Auto frei-
zugeben. Es wurden einige Verhaftungen
vorgenommen.

„Nicht Worte, sondern Taten?“

Nach der Rückkehr der deutschen
Delegation nach Berlin.

Nach Berlin zurückgekehrt, erstattete der
Reichskanzler dem Reichspräsidenten über das
Ergebnis der Konferenz von Locarno Bericht.
Der „Montag“ (Sonderausgabe des Berliner
Volksanzeigers) erzählt, daß es sich dabei ledig-
lich um eine kurze Information gehandelt habe,
die der Kanzler dem Reichspräsidenten gab. Na-
chmittags wurde Dr. Luther dem Reichs-
präsidenten einen eingehenden Vortrag halten.
Am Nachmittag beabsichtigt, dem genannten
Blatt zufolge, der Reichskanzler vor den Ver-
tretern der Presse über Locarno zu
sprechen.

Heute findet ein Kabinettsrat statt.

Dazu meldet der „Montag“, daß es in dieser
Sitzung zu irgend welchen Beschlüssen nicht
kommen werde, da die vorgelegenen aus-
wärtigen Referate des Reichskanzlers und des
Außenministers das Kabinett hinreichend be-
schäftigten würden. Reichspräsident Eber-
hart hat nach Bekanntwerden des Abschlusses der
Konferenz von Locarno mitgeteilt, daß er in
den letzten Tagen des Oktober Amerika verläßt
und in den ersten Novembertagen in Berlin ein-
treffen werde. Dann dürfte auch die Frage der
etwaigen früheren Einberufung des
Reichstages, der nach den jetzigen Bestim-
mungen am 15. November wieder zusamen-
treten soll, akut werden.

Beim Eintreffen der deutschen Delegation
in Berlin.

das von der großen Öffentlichkeit vollständig
unbekannt statgefunden hat, wohnen dem
Empfang auf dem Anhalter Bahnhof u. a. bei:
die Vorkämpfer Großbritanniens,
Frankreichs und Italiens, der bel-
gische Gesandte, der tschechoslowakische
Geschäftsträger, der Abdirektor der Runtatur und
andere Mitglieder des diplomatischen Korps.

Der englische Vorkämpfer

richtete folgende Begrüßungsworte an Reichs-
kanzler Dr. Luther und Außenminister Dr.
Stresemann:

„Ich bin ausdrücklich von Herrn Chamber-
lain beauftragt, Sie zum Erfolg der Konferenz
von Locarno zu beglückwünschen und
zum Ausdruck zu bringen, daß Herr Chamber-
lain immer mit Freude an das erstmalige
Zusammentreffen in Locarno und an den
Geist der Aufrichtigkeit und Offenheit zu-
rückdenkt, den die deutschen Dele-
gation den Erörterungen aufgeprägt haben.
Der deutschen Regierung wird immer die
Ehre bleiben, die Initiative er-
griffen zu haben, die zum Vertrag von
Locarno geführt hat.“ Lord Balfour fügte
hinzu, daß Herr Chamberlain überzeugt sei,
daß die in Locarno paraphierten Abmachungen
den Wendepunkt der europäischen
Geschichte

bilden werden. Er gab der Zuhörerschaft Aus-
druck, daß die persönlichen freundschaftlichen
Beziehungen, die zwischen der britischen und
der deutschen Delegation entstanden sind,
sichere Zeichen neuer Beziehungen zwischen
den beiden Nationen seien.

Der Reichskanzler und der Außenminister
sprachen ihren Dank für die freundlichen Worte
der Begrüßung aus und baten, diesen Dank
auch Herrn Chamberlain zu übermitteln.

Der amerikanische Vorkämpfer erschien
gestern am späten Nachmittag beim Reichs-
außenminister Dr. Stresemann, um ihm per-
sönlich seinen Glückwunsch zum Ergebnis der
Konferenz in Locarno auszusprechen.

Der deutsche Vorkämpfer in Paris
ist nach Berlin berufen worden. Die Be-
rufung dürfte mit der Auswertung des Ver-
trages von Locarno, namentlich bezüglich der
Verhältnisse im besetzten Gebiet, zusamen-
hängen.

Der Auswärtige Ausschuss des
Reichstages wird am Donnerstag, den 22.
Oktober, vormittags um 10 Uhr, zu einer
Sitzung zusammentreten. Auf der Tagesord-
nung steht die Aussprache über die Ergebnisse
der Konferenz von Locarno.

Die endgültige Stellungnahme
der maßgebenden Faktoren in Deutschland wird
neben der Würdigung des Inhalts der Ver-
tragstexte selbst davon abhängen, ob die Er-

wartungen des deutschen Volkes er-
füllt werden und die Folgen des Vertrags-
werks, besonders hinsichtlich der rheinischen
Frage eintreten. Endgültige Abmachungen
hierüber konnten, wie in der amtlichen Dar-
stellung ausgeführt wird, angesichts des Cha-
rakters der Ministerzusammenkunft, deren Auf-
gabenkreis umgrenzt war, in Locarno nicht ge-
troffen werden. Andererseits war aber von
vornherein in Aussicht genommen, diese Fra-
gen vor der endgültigen Entscheidung zu regeln.
Die deutschen Delegierten haben infolgedessen
in eingehenden Verhandlungen mit den in Lo-
carno amwesenden Vertretern der Befahungs-
mächte die Lösung dieser Fragen soweit vor-
bereitet, daß ihre erfolgreiche Weiterbehand-
lung als gesichert angesehen werden kann.
Das hat auch in den allgemeinen Erklärungen,
die der französische, englische und belgische
Außenminister in der Schlussfassung abgegeben
haben, seinen Ausdruck gefunden. Auf dieser
Grundlage wird nunmehr von den deutschen
Regierungsstellen mit allem Nachdruck weiter
zu arbeiten sein.

Wenn alles gut geht, wenn ins-
besondere die Versprechungen, die uns in Lo-
carno hinsichtlich der Rheinlandbefestigung des Pa-
risabkommens auf die Rheinlandbefestigung gemacht
wurden sind, im Laufe des November von den
Alliierten reiflich in die Tat umgesetzt wer-
den, dann, aber nur dann, wäre es möglich,
daß Anfang Dezember der „Vertrag von Lo-
carno“ in London endgültig unterzeichnet wer-
den kann.

Die Zugeständnisse in den Rückwirkungen.

Näherung Kölns Ende dieses Jahres?

Wie verlautet, handelt es sich bei den Zu-
geständnissen der Gegenseite in der Frage
der Rückwirkungen angeblich um folgende
Punkte:

1. Näherung der Kölner Zone nach Er-
ledigung einiger unwesentlicher Entlastungs-
bedingungen.
2. Keine Rückverlegung dieser
Truppen in die übrigen Zonen, deren Stärke
vielmehr auf den Umfang der deutschen Freie-
denzgarantien zurückgeführt werden soll.
3. Gleichberechtigung der Handels-
schiffahrt im besetzten Gebiet.
4. Wiedereinsetzung des deutschen Reichs-
kommissars.
5. Änderung des Rhein- und Saar-
regimes.
6. Zugeständnisse in der Freiheit der deut-
schen Verkehrs-Luftfahrt.

Nach einer Meldung aus Paris soll die
Näherung der Kölner Zone etwa Ende des Jah-
res oder Anfang des nächsten Jahres erfolgen,
nämlich ungefähr gleichzeitig mit dem Eintritt
Deutschlands in den Völkerbund. Ein Berliner
Blatt will wissen, daß die Kölner Näherung be-
reits für den 15. November geplant sei.

Widerruf der Kriegsschuldfrage auf der Konferenz?

Wie der Sonderberichterstatter der „Tele-
graphen-Union“ in Locarno mitteilt, weiß,
hat die deutsche Delegation in einer Voll-
ziehung am Schluß der ersten Konferenzwoche
durch eine Rede Dr. Stresemanns den durch die
Notifizierung vor der Konferenz eingeleiteten
Widerruf der Kriegsschuldfrage offiziell
durchgeführt.

Auf Erkundigung an zuständiger Stelle in
Berlin war nicht zu erfahren, ob diese Nachfrist
auf Tatsachen beruht.

Brands Zusicherungen.

„Von Locarno aus muß ein neues Europa
erstehen.“

Auf die Samstag mitgeteilte Rede Strese-
manns erwiderte der französische Außenminister
Brands, daß er sich als Vertreter Frankreichs
von ganzem Herzen den vom Delegierten
Deutschlands ausgesprochenen Gefühlen anschlie-
ße.

„Von Locarno aus“, so erklärte er, „muß
ein neues Europa entstehen. Zwischen unseren
beiden Ländern bleiben noch Reibungsflächen,
es bestehen noch schmerzliche Punkte. Der
hier unterzeichnete Pakt muß einen Balsam
für diese Wunden darstellen. Die noch be-
stehenden Schwierigkeiten müssen
beigelegt werden. Ich bin gewiss, daß
Frankreich die ganze Tragweite dieses Paktes
erfaßt, und daß es alles tun wird, was
in seiner Macht steht, damit daraus zwi-
schen uns ein Gefühl der Befriedigung
und der Entspannung hervorgeht. Sei-
nen Vertretern wird es am Herzen liegen,
alles zu tun, was von ihnen abhängt,

damit, soweit es an ihnen liegt, Verhältnisse
hergestellt werden, die zwischen unseren beiden
Ländern eine volle, tiefgehende Ent-
spannung, und, wie ich hoffe, vertrau-
ensvolle Zusammenarbeit ermögli-
chen.“

Nicht Worte, sondern Taten?

Als die Sitzung durch Chamberlain aufge-
hoben war, kam Brands zu Dr. Strese-
mann und reichte ihm die Hand. Als Dr.
Stresemann ihm seinen Dank für seine Rede
aussprach, erwiderte der französische Außenmini-
ster: „Es war keine Rede, es sind keine Worte,
ich werde Ihnen den Beweis liefern, daß es Ta-
ten sind.“

Der Kampf gegen die Teuerung.

Die teuren Gemüsepfeile. — Eine amtliche
Nachprüfung.

Wie aus Berlin gemeldet wird, haben sich
die zuständigen amtlichen Stellen in den letzten
Tagen mit der Nachprüfung der Preise für
eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel befaßt.
Die bisherigen Feststellungen haben ergeben,
daß viele Verbraucherpreise weder der guten
Ernte, noch den übrigen derzeitigen Verhält-
nissen angepaßt sind. So liegen die Erzeuger-
preise für Kartoffeln noch zu einem großen
Teile unter den Friedenspreisen, während die
Kleinhandelspreise sich im Durchschnitt
um 100 Prozent über den Erzeugerpreisen
bewegen. Noch unerfreulicher liegen die Ver-
hältnisse bei Gemüse und Obst.

Die zuständigen Regierungsstellen sind ent-
schlossen, hier mit aller Energie durchzu-
greifen, um wieder halbwegs geordnete
Verhältnisse zu schaffen und die Preis-
festsetzungsfunktion wiederholt durchzuführen.

Bei den letzten Besprechungen der Preis-
prüfungsstellen wurde ziemlich einstimmig die
Ansicht vertreten, daß es der Vorsehung des
Marktes nichts schaden könnte, wenn der eine
oder andere Verbraucher zur Streife gebracht und
der Laden geschlossen würde. Es wäre nur
bringend zu wünschen, daß die örtlichen Be-
hörden angesichts der für eine Preisabbaufunktion
günstigen Jahreszeit und Ernteverhältnisse sich
der Sache baldmöglichst und nachdrücklich an-
nehmen. Mit gutem Willen auf der einen und
entschiedenem Vorgehen auf der anderen Seite
wäre jedenfalls hier mit einer erheblichen Er-
mäßigung der Preise zu rechnen.

Eine Verfügung des Preussischen Justiz-
ministers.

Die erheblichen Preissteigerungen, die in
den letzten Monaten für zahlreiche Gegenstände
des täglichen Bedarfs eingetreten sind, veran-
lassen den Justizminister, in einer all-
gemeinen Verfügung (L. 4593) auf die Not-
wendigkeit hinzuweisen, daß die Strafver-
folgungsbehörden der Durchfüh-
rung der noch in Kraft befindlichen notwen-
digen Gesetze und Verordnungen, insbe-
sondere der noch in vollem Umfange geltenden
Preistreibeibereinerordnung, erhöhte
Aufmerksamkeit zuwenden und so mit den ihnen
zur Verfügung stehenden Mitteln die auf eine
Preisfestsetzung gerichteten Regierungsmaßnahmen
unterstützen. Die Strafverfolgungsbehörden
haben daher gegen jede Art der Preistreibeiberei,
namentlich gegen Preis- und Leistungsüber-
höhung und preistreibende Maßnahmen, schnell
und tatkräftig einzuschreiten.

Der Kampf gegen den Fez.

Als sich kürzlich der in Konstantinopel be-
heimatete Dampfer „At Deniz“ auf der Reise nach
dem Schwarzen Meer befand, ereignete sich an
Bord ein ergötzlicher Zwischenfall, der erkennen
läßt, wie fanatisch die Vorliebe für europäische
Kopfbekleidung ist, die der Bruch mit dem Fez
in der Türkei entfesselt hat. Der Kapitän von
Samsun, der sich unter den Passagieren des
Schiffes befand, näherte sich plötzlich einem sei-
ner Reisegefährten, der noch einen Fez trug, um
ihn zur Rede zu stellen. Ohne eine Antwort ab-
zuwarten, riß er ihm den Fez vom Kopf,
zerchnitt ihn mit einem Taschenmesser und warf
die Stücke ins Meer. Das war für die anderen
mit Häuten versehenen Türken das Signal, sich
ihre Fez auf jeden Landsmann mit Fez zu
stürzen und ihm die mißlieblich gewordene Kopf-
bedeckung herunterzureißen. Es kam zu einem
Handgemenge zwischen den altmodisch und
den neuemodisch bekleideten Türken, bei dem die
Fezträger kläglich unterlagen. Als Siegesbeute
fielen den Siegern die Feze in die Hände, die
sie ohne weiteres ins Meer warfen. Die Un-
terlegenen mußten wohl oder übel die Feze
entblößen und fortsetzen. Den Profit von dem
Feldzug gegen den Fez haben die griechi-
schen Schiffbrüthen, die gegenwärtig der dringen-
den Nachfrage aus der Türkei kaum genügen
können,

Ramen Aus Stadt und Land.

Ramen, den 19. Oktober.

Wenn's dunkelt!

Je schräger die Sonne hinterm Horizont verläuft, desto länger währt auch die Dämmerung, die eine so eigentümliche Stimmung zu nannte Familienstube bringt. Früher einmal, als noch die Räder des Lebens langsamer gingen, war es allgemein Brauch, daß sich zur Dämmerstunde die Kinder um ihre Mütter oder die Enkel um ihre Großmütter scharten, sich allerhand Märchen oder Erlebnisse aus früherer Zeit erzählen ließen, dabei feine duftende Bratäpfel und oft überglühende Stimmungen. Zuweilen wurden dann wohl auch Volkslieder gesungen oder allerhand Spiele ausgeführt. Mit heimlicher Sehnsucht mag heute noch mancher Erwachsene an jene Dämmerungspoesie längst verschwundenen Jahre zurückdenken. Doch die Zeiten haben sich seitdem gewaltig geändert, und nur in wenigen Familien lebt der alte schöne Brauch des Erzählens und Singens zur Dämmerstunde noch fort. Sind denn unsere Kleinen der alten und neuen Märlein überdrüssig? Wir glauben es nicht. Die Schuld mangelnder Dämmerungspoesie liegt zumeist nicht ohne weiteres an den Müttern und Großmüttern, sondern vielmehr an unserer hastenden, überhasteten Zeit! Man kommt einfach nicht mehr dazu, bei Abschluß des Tages an ein halbes Stündchen gemütlichen Beisammenseins und Erzählens zu denken. Die neue Zeit hat auch zu viel andere Abwechslung in das Lebensbild gebracht; allerhand Schriften flattern täglich ins Haus, das Telefon reißt uns schrill aus dem Dämmerungsfrieden, das Kino lockt jung und alt, und auf den Straßen und in den Schaufenstern albiert es so lausenhafte Dinge zu sehen! Nun ist auch noch das Radio ins Haus gekommen, und viele Kinder brauchen gar keine erzählende Großmutter mehr. Aber schade ist es darum doch, daß die einfach schlichte Dämmerungspoesie gar so selten geworden ist und daß und Mädchen nicht mehr mit großen leuchtenden Augen und blühenden Wangen in der Dämmerung sitzen und hören, und staunen, wenn die sieben Raben aufklappern oder Dornröschen in tiefen Schlaf versinkt....

Schiedspruch im Lohnstreit der Kleinbahner.

In der Gesamtschlichtung der Kleinbahner in Gruppe 10 (Westfalen) wurden durch Schiedsgericht die Spitzlöhne ab 1. Oktober 1923 in der höchsten Altersklasse in der Lohnklasse A auf 68, 62, 61 und 60 Pfg., in der Lohngruppe B auf 73, 52, 51 und 50 Pfg., in der Lohngruppe C auf 67, 47, 46 und 45 Pfg. die Stunde festgesetzt. Die Löhne der jüngeren Altersgruppen verändern sich entsprechend, wobei bei der Dortmund-Hafenbahn die zurzeit bestehenden Löhne weiter gelten. Die Verleumdungszahlung beträgt 3 Pfg. stündlich. Im übrigen wird das Lohnabkommen, das bisher bestand, wieder in Kraft gesetzt. Die Gültigkeitsfrist läuft bis 31. Oktober.

Wandern im besetzten Gebiet.

Vor einiger Zeit sind bei einer Wanderung im besetzten Gebiet mehrere aus dem unbesetzten Gebiet stammende junge Leute von den Besatzungsbehörden festgehalten worden, weil sie einen farbigen Wimpel mit sich führten. In einem Erlass des preussischen Volksführers werden nunmehr die zuständigen Behörden ersucht, die Jugend- und Wandervereinigungen darauf aufmerksam zu machen, daß auch Wandervogel, Pfadfinder und ähnliche Vereine, wenn sie im besetzten Gebiet Wimpel zeigen wollen, dies gemäß der geltenden Verordnung dem Kreisbeauftragten vorher anzeigen müssen.

Die Rheinlandkommission verurteilt Verstöße gegen ihre verkehrspolizeilichen Vorschriften.

In den Monaten Juli und August wurden insgesamt 209 Personen zu 4103 Reichsmark Geldstrafe und 13 Monaten und 11 Tagen Freiheitsstrafe allein in der Pfalz wegen Verletzung der durch die Rheinlandkommission erlassenen verkehrspolizeilichen Vorschriften verurteilt, darunter etwa die Hälfte wegen Verstöße gegen die Passvorschrift.

(Die Gerichtsgebühren.) Unter Hinweis auf die außerordentliche Kreditnot aller Wirtschaftskreise hatte der Zentralverband des Deutschen Großhandels gebeten, die Gerichtskosten künftig nicht bei Einreichung der Klage, sondern frühestens erst vor dem ersten Verhandlungstermin zu erheben. Das Justizministerium hat darauf geantwortet, daß angesichts der nach wie vor außerordentlich schwierigen Finanzlage der Länder und der sich aus der allgemeinen Geldknappheit ergebenden weitgehenden Zahlungsunfähigkeit auf diese Sicherungsmassnahme jedenfalls fürs erste nicht verzichtet werden könne.

(Deutsche Volkspartei und Beamtenfragen.) Der Beamtenschaft der Deutschen Volkspartei Westfalen-Süd beschaffte sich in seiner letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Oberstudienrats Dr. Wendorff-Dortmund mit den wichtigsten Fragen der Gegenwart. In einem längeren Vortrage erlachte Landtagsabgeordneter Herr Meyer-Perford zur Beamtenschaftsfrage an, daß die augenblicklichen Gehaltsstände bei den unteren und mittleren Beamten unzureichend seien, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß, falls die gegenwärtige Preissenkungssaktion nicht zu einem durchgreifenden Erfolg führe, eine Erhöhung der Beamtensubstanz erfolgen werde. Nebenforbete baldige Wiedereröffnung der viertel-

jährlichen Gehaltszahlungen, auf die die Beamten einen Rechtsanspruch hätten. Diesem Anspruch müsse unbedingt entsprochen werden, sobald die finanziellen Verhältnisse des Reiches, der Länder und der Gemeinden es gestatteten.

(Von der Ziegenzucht in Westfalen.) Im Gegensatz zu der allgemeinen Auffassung nimmt die Ziegenzucht in Deutschland stetig zu. Wie der Zuchtinspektor Döpp-Münster in einer Versammlung des Ziegenzuchtverbandes Hamm ausführte, gab es im Jahre 1816 in ganz Preußen 143 000 Ziegen; 1914 waren allein in Westfalen 258 000 Ziegen vorhanden, davon 135 000 im Regierungsbezirk Münden. Seit 1912 ist in Westfalen eine Zunahme des Ziegenbestandes um rund 30 000 Stück zu verzeichnen. In ganz Deutschland sind etwa 3 1/2 Millionen Ziegen vorhanden. Der erste Ziegenzuchtverein in Westfalen wurde 1893 in Neuenrade gegründet; heute gibt es 4200 Ziegenzuchtvereine in der Provinz Westfalen. Je mehr die Ziegenzucht ausgedehnt wird, desto weniger holländische Milch und Kunstfett braucht zur Volksernährung eingeführt zu werden. Eine billigere und gesündere Ernährung ist die weitere Folge.

Ein größeres Fehlerstück wurde in den letzten Tagen durch die Kriminalpolizei in Ramen entdeckt. Mehrere gestohlene Gegenstände konnten beschlagnahmt werden und es ist ebenso gelungen, die Herkunft des Diebesgutes teilweise festzustellen. So stammen zwei Markenträger M. S. K., die bereits etwas „fortigiert“ worden waren, eine gelbe Lederjacke und ein Ledermantel aus einem vor zirka acht Tagen in Dorsten verübten Diebstahl, aus einem vor der gleichen Zeit in Neubredum ausgeführten Einbruchdiebstahl konnten für etwa 1000 Mark Bekleidungsstücke beschlagnahmt werden. Die Herkunft einer ebenfalls in Polizeigewahrsam genommenen Erika-Reisefreimachung Nr. 52 894, Schrift in mittlerer Größe, konnte noch nicht ermittelt werden. Als Dieb kommt der von mehreren Gerichten gesuchte August van Almstedt von Vortrop in Frage, der flüchtig ist, während die beiden Helfer A. B. und W. B. aus Ramen verhaftet und dem Gericht vorgeführt wurden. W. B. befindet sich noch im Untersuchungshaft, während A. B. auf freien Fuß gesetzt wurde.

Kurt, 19. Okt. Die katholische Kirche, die in der Nähe der Zehnanlage erstehen soll, schreitet im Bau rüstig vorwärts. Gestern, Sonntag, nachmittags wurde unter Mitwirkung von Vertretern kirchlicher und weltlicher Behörden, sowie verschiedener Vereine feierlich der Grundstein gelegt. Der Kirchenbau wird zur Folge haben, daß die Gemeinde Hufen abgetrennt wird.

Landrop, 19. Okt. (Neue Zechen.) Nach dem von mehreren Landwirten der Gemeinden Landrop und Grevel die erforderlichen Grundstücke angekauft worden sind, soll in den nächsten Tagen mit dem Abteufen einer neuen Zechen zwischen Landrop und Grevel begonnen werden. Die Vorarbeiten hierzu werden in kurzer Zeit abgeschlossen sein.

Beddinghausen, 19. Oktober. (Mädchenhändler?) Am 14. d. Mts., abends gegen 6.30 Uhr, beging ein 17 bis 18 Jahre altes Mädchen die Hammerstraße. Ein an ihr vorbeifahrendes Personauto stoppte plötzlich ab und löschte das Licht aus. Als dann aus dem Auto ein Mann ausstieg, ergriff das Mädchen die Flucht und konnte sich im Gebüsch verbergen. Nachdem der Mann vergebens nach dem Mädchen umsehen gehalten hatte, wurde das Auto in der Richtung Werne in Bewegung gesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Mädchen geraubt und verschleppt werden sollte. Der Vorfall dürfte als Warnung dienen. Vor allem aber sei darauf hingewiesen, daß bei ähnlichen Fällen die Kriminalpolizei sofort zu benachrichtigen ist.

Dortmunder Mundschau.

(Ein neues Orchester.) Unter Leitung des früheren Theaterkapellmeisters Dr. D. S. K. hat sich in Dortmund ein neues Orchester gebildet mit dem Ziele, als freies Orchester der Stadt Dortmund zu dienen. Das Orchester besteht aus 25 Musikern, die in der Stadt Dortmund wohnen, und die die besten Musiker der Stadt sind. Das Orchester wird in der nächsten Zeit in der Stadt Dortmund aufgeführt werden. Die Konzerte werden in der Stadt Dortmund aufgeführt werden. Die Konzerte werden in der Stadt Dortmund aufgeführt werden.

(Der Schlag ins Wasser.) Die im Edeka-Verband zusammengeschlossenen kaufmännischen Genossenschaften des Bezirks Westfalen hielten hier eine Bezirksversammlung ab. Der Verbandsdirektor König-Werlin betonte in seinem Referat: „Wir können nur die schwere wirtschaftliche Krise überwinden“, daß die für den 1. Oktober von der Reichsregierung angekündigte Preissenkungssaktion nur dazu benutzt worden sei, um die Aufmerksamkeit der Zollpolitik abzulenken. Die mit großem Tam-Tam ins Werk gesetzte Aktion sei nichts weiter gewesen als ein Schlag ins Wasser. Die Reichsregierung habe eben vergessen, daß die Preise sich nach anderen Faktoren richteten, als nach den Wünschen der amtlichen Stellen. Statt der verheißenen Senkung sei dank der neuen Rolle eine Preissenkung eingetreten.

— Schwere Sagen führten in Ergänzung und zur Unterbrechung der Darlegungen Königs aus, daß es ein Urding sei, von einer Preissenkungssaktion zu reden, solange z. B. der Zoll für ein einziges Pfund Kaffee 88 Pfg. betrage. Wenn es der Regierung ernst sei, solle sie doch eine Herabsetzung der Steuern vornehmen, die sicherer wirken werde als das leere Gerede.

Quer durch Westfalen und Rheinland.

Soest, 17. Okt. (Schluß der westfälischen Provinzialtagung.) In ihren letzten Verhandlungstagen beschäftigte sich die Provinzialtagung mit der Konfirmationspraxis. Bei der Beiprägung kirchlicher und sittlicher Angelegenheiten wird ein größerer Schutz der Sonntagsheiligung gefordert. Beim deutsch-evangelischen Kirchenausschuß soll die baldige Einführung eines Einheitsgesangbuches gewünscht werden. Für die Blinden soll ein besonderes Blinden-Gesangbuch herausgegeben werden. Die Provinzialtagung richtete einen ersten Appell zur Bekämpfung des Alkoholismus an die Gemeinden. Der Oberpräsident soll um Maßnahmen gegen den Vergnügungsskandal gebeten werden. Vor dem leibhaftigen Eingehen einer Ehe soll gewarnt und das freiwillige Aufsuchen von Gesundheitskurorten vor der Ehe empfohlen werden. Insgesamt hatte die westfälische Provinzialtagung 14 Verhandlungstage in Anspruch genommen.

Witten, 17. Okt. (Ein rauschender Soldat.) Eine blutige Tat beging ein Reichswehrsoldat, der sich bei seinen Angehörigen in Witten zum Urlaub aufhielt. Nach Eintritt der Polizeistunde begehrte er in eine bereits verlassene Wirtschaft Einlass. Er veranlaßte den Wirt durch Klopfen an der Tür und dem Ruf: „Polizei!“, die Tür zu öffnen. Als der Wirt die Türöffnung wahrnahm, wies er den Soldaten hinaus und schloß sein Lokal wieder ab. Bald darauf verließen noch zwei weitere Personen das Lokal, mit welchen der noch immer vor der Tür stehende Soldat in Streit geriet. Nach kurzem Wortwechsel zog er sein Seitengewehr und brachte einem Bergmann aus Annen einen Stich in den Unterleib bei, während er einen Kellner durch einen Stich in den Oberarm verletzete. Die Verletzung des Bergmanns ist besonders schwer, so daß seine sofortige Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Hagen, 17. Okt. Das kommunale Elektrizitätswerk Hagen führt zurzeit einen auf mehrere Jahre verteilten gewaltigen Erweiterungsplan durch. Dies schließt ein die Anlage eines neuen Kraftwerks im Zillertal neben der dort vorhandenen Kraftstation. Ein Teil der Arbeiten ist bereits aufgeführt; es wurde dafür ein Kredit von 5 Millionen Mark aufgenommen. Die Anleihe einer weiteren Summe in gleicher Höhe ist zurzeit nicht möglich, so daß die Vollendung des Werkes etwas länger auf sich warfen lassen wird.

Bochum, 16. Okt. (Festnahme einer Einbrecherbande.) Der Kriminalpolizei gelang die Festnahme einer fünfköpfigen Einbrecherbande, die in letzter Zeit in Bochum Wohnungszu- einbrüche, vornehmlich bei Personen, die verheiratet waren, verübt hat. Die Täter haben alle erheblichen Sachen, Kleidungsstücke, Gold- und Silbergegenstände u. v. m. entwendet. Ein großer Teil konnte den Geschädigten wieder ausgehändigt werden. Die Täter sind vier schon mehrfach mit Zuchthaus verurteilte, unverheiratete Personen; die dabei mittätige Frau ist auch schon mehrfach wegen Diebstahls usw. mit Gefängnis bestraft.

Bochum, 16. Okt. (Gegen die Verlängerung der Polizeistunde.) Eine Konferenz der katholischen Geistlichen der westfälischen Mark sprach in einer Entschließung dem Oberpräsidenten von Westfalen den warmsten Dank aus für sein mannhaftes Eintreten gegen die Vergnügungssucht und gegen die Verlängerung der Polizeistunde. An den Minister des Innern sandte die Konferenz eine Eingabe, in der sie den Minister aufs dringendste bat, einer Abschaffung oder Verlängerung der Polizeistunde wegen der damit eintretenden sittlichen und gesundheitlichen Schäden weiter Vorkreife stärksten Widerstand entgegenzusetzen.

Berne, 17. Okt. (Der Mann mit den beiden Frauen.) Der Bergmann Heinrich Höhl aus Sodingen ging im Jahre 1900 mit der Witwe H. eine Ehe ein, verließ aber nach einigen Jahren die Frau, ohne daß die Ehe rechtmäßig geschieden war, um im Jahre 1919 die Witwe S. zu heiraten. In der unter Ausnutzung der Dessenlichkeit geführten Verhandlung behauptete die erste Frau, daß aus der Ehe mit Höhl acht Kinder geboren seien, während Höhl die Vater-schaft von nur drei Kindern anerkennen will. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Doppelsehe zu 8 Monaten Gefängnis.

Die Wahrheit über das Pippedrama.

Buer, 17. Okt. Wie erinnerlich sein dürfte, waren nach Mitteilungen von deutscher Seite in den schlimmsten Zeiten des Ruhrkampfes, im Juni 1923, drei Belgier in Marl von zwei Schmugglern erschossen worden; beim Versuch, die verbliebende Witze zu durchschleppen, wurde dann der eine Deutsche erschossen. Die Buerische Zeitung ist nun in der Lage, durch die Mitteilung eines Herrn, der die Dinge aus eigener Erfahrung bestens kennt, die Wahrheit über dieses Drama berichten zu können. — Ludwig Knidmann und Karl Jaskin aus Buer waren zu Beginn der Besatzungszeit behördlicherseits erachtet worden, sich in den Spionagewerkzeugen zu stellen. Sie übernahmen dann auch freiwillig den Auftrag, den belagerten deutschen Verräter namens Plantikow aus Marl, der in belgischen Diensten stand und der selbst seinen eigenen Bruder an die Belgier verraten hat, ins unbesetzte Gebiet zu locken, um ihn dann der deutschen Behörde zu überliefern. In der Nacht zum 21. Juni 1923 trafen sich Knidmann und Jaskin vom unbesetzten Gebiet über die Witze und wanderten nach Marl. Sie hatten den Plan, sich dem Plantikow als Erwerbslose anzuschließen, um ihn später bei geeigneter Gelegenheit zu einem Spaziergang an die Witze zu bewegen. Hier sollte er dann gewaltsam in

ihnen bereitgestellten Rahn geschafft werden. In den früheren Vormittagsstunden des 21. Juni trafen sie Plantikow vor seiner Wohnung. Plantikow ging anfänglich gut auf alles ein, mitterte aber bei längerer Unterhaltung wohl nichts Gutes. Mit dem Bemerkten, er wolle nur seinen Hut holen, ging er in seine Wohnung, während Knidmann und Jaskin vor dem Hause stehen blieben. Ploötzlich rief Plantikow aus einem Fenster: „Ich weiß, was ihr Günde wollt! Macht, daß ihr wegkommt.“ Knidmann und Jaskin brachten sich sofort in Sicherheit; sie hielten ihre Wunden für geheilt und begaben sich zur Witze zurück. Plantikow mußte sofort die belgische Wache benachrichtigen haben; denn mehrere Patrouillen durchstreiften nach diesem Vorfall die Umgebung von Marl. Kurz vor der Witze trafen Knidmann und Jaskin auf eine Nachschuttpatrouille (einem Unteroffizier und drei Mann). Die Patrouille ließ sich die Pässe zeigen, die gefälscht waren, gab sie aber ohne Veranlassung zurück und nahm eine Verabredung vor. Als der belgische Unteroffizier bei Knidmann eine Pistole feststellte, gab er eine Kommando ab, worauf die anderen Patrouillenleute sich anschickten, die Gewehre in Anschlag zu bringen. Knidmann und Jaskin kamen ihnen jedoch mit ihren Pistolen zuvorder und schossen die drei nachstehenden Belgier nie der. Der vierte war sich totstellend zu Boden. Auf der nun folgenden hastigen Flucht, die Knidmann und Jaskin auf der Witze nahmen, wurden sie, nachdem sie zirka 100 Meter gelaufen waren, heftig beschossen. Hierbei erhielt Knidmann einen Brustschuß und brach zusammen. Jaskin nahm sich in echter Mannesstrenge — ungeachtet des starken Gewehrfeuers — seines Kameraden an. Er ließ mit sich nur mühsam schleppenden Verwundeten zur Witze. Da er den bereitstehenden Rahn nicht mehr erreichen konnte, entschloß er sich, mit seinem Kameraden das andere Ufer schwimmend zu erreichen. Nach Entledigung der Kleider band er seinen fast ganz entkräfteten Kameraden mit Hosenträger und Schal an sich, ging in die reißende Witze und schwamm dem andern Ufer zu. Die Witze hatte gerade außergewöhnliche Stromschnellen und wies heftige Strudel auf. In einem dieser Strudel geriet Jaskin, und hier ereignete sich für ihn das Furchtbarste. Die nur notdürftige Bandage, mit der er seinen Kameraden an sich gebunden hatte, löste sich plötzlich, der schwerverwundete Knidmann wurde in die Tiefe gerissen und ertrank. Jaskin tauchte noch verschiedentlich, aber leider war all sein Bemühen vergebens. An Land angekommen, verschaffte er sich Kleider und brachte sich in Sicherheit. Als ihm die Aufklärung gegeben wurde, daß er nicht der belgischen Befragung ausgeliefert würde, stellte er sich der Polizeibehörde in Münster, die ihn inhaftierte. Nach mehrwöchiger Untersuchungshaft wurde Jaskin, nachdem ihm die Gerichtsbefehle unter Anerkennung seiner mannhaften Tat verurteilte Notwehr zugestanden hatte, auf freien Fuß gesetzt. Der auf zwölf tragische Ufer ums Leben gekommene Knidmann wurde mehrere Tage nach dem 21. Juni von belgischen Soldaten in der Witze aufgefischt und später unter unerwünschten Umständen in Sterkrade beerdigt.

Buer, 17. Okt. (Bergmannsloß.) Auf Schacht 3-5 der Zeche Graf Bismarck ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. Beim Verlassen einer Rutsche wurden einige Arbeiter durch Verschüttung in dem Bergbau hängen und verletzt. Ein Bergarbeiter konnte nur als Leiche geborgen werden. Ein zweiter erlitt lebensgefährliche Knochenbrüche, einige andere kamen mit leichten Verletzungen davon.

Dortmund, 17. Okt. (Schwerer Autounfall.) Vor dem Amtshaus zu Wulfen ereignete sich vor einigen Tagen ein Autounfall, der sehr leicht einige Menschenopfer gefordert hätte. Ein Mechaniker aus Wulfen, der ein Motorrad repariert hatte, wollte dieses einfahren. Hierbei gelang es ihm nicht, eine Kurve zu nehmen, er verlor anscheinend die Gewalt über das Rad und überfuhr zunächst zwei kleine Mädchen, die des Weges daher kamen, und rannte dann mit voller Wucht gegen ein Auto, welches in der Nähe der Wulfschaff Allee stand. Bei dem Zusammenstoß mit dem Auto wurde die Schutzscheibe an diesem vollständig zertrümmert. Die beiden Kinder haben mehrere Verletzungen an der Brust und im Gesicht davongetragen. Der Führer des Rades erlitt leichte Verletzungen.

Elberfeld, 17. Okt. (75jähriges Jubiläum der Eisenbahndirektion Elberfeld.) Am 15. Okt. beging die Reichsbahndirektion Elberfeld ein einzigartiges Jubiläum: 75. Wiederkehr des Tages, an dem die „Königliche Direktion der Bergisch-Märkischen Eisenbahn“ ihre Tätigkeit aufgenommen hat, bestehend in „dem vollständigsten Ausbau sowie der Verwaltung und dem Betrieb der Bergisch-Märkischen Eisenbahn“, wie es in dem königlichen Erlass vom 14. September 1850 heißt, durch den der Handelsminister zur Errichtung dieser Direktion ermächtigt wurde. Die Direktion Elberfeld war die erste staatlich-preussische Eisenbahndirektion.

Elberfeld, 17. Okt. (Typhusepidemie.) Nachdem die Stadt Elberfeld erst vor kurzem von einer Typhusepidemie heimgeschickt worden ist, breitet sich seit dem 27. September erneut eine Massenerkrankung aus. Wie amtlich mitgeteilt wird, waren vor dem 27. Sept. insgesamt 163 Typhussfälle zu verzeichnen, wovon bisher 156 tödlich verlaufen sind. Nach Ansicht der Ärzte dürfte die Epidemie in den letzten Tagen zum Stillstand gekommen sein, da neue Erkrankungen nicht mehr eingetreten sind. Man vermutet, daß die Ursache der Epidemie im Trinkwasser liegt.

Essen, 16. Okt. (Erwärmlische Zeitgenossen.) Vor dem Essener Schöffengericht hatten sich mehrere Ehrenmänner dunkler Art zu veranworten, die aus den trüben Zeiten der Ruhrbesetzung schamlos ihren Vorteil zogen. Im September 1923 versuchte ein Kaufmann in Bochum in der Nähe von Hattingen im Rahn Ware über die Ruhr zu schmuggeln. Als der erste Transport ohne Zwischenfall ge-

Zur Verwaltungsreform in Preußen.

Stellungnahme des Reichstages.

— Andere Wege des Behördenabbaues.

Der Kernpunkt des Programms des preussischen Ministers des Innern besteht in der Zusammenfassung der staatlichen Verwaltungszweige der Provinz unter einem Oberpräsidenten als einziger Mittelinstanz unter gleichzeitiger Aufhebung der Bezirksregierungen und in weitgehender Verwaltungsdezentralisation zu Gunsten der Stadt- und Landkreise, sowie in umfassender Konzentration von Aufgaben in den Selbstverwaltungen der Landkreise unter Befreiung der mittleren und kleinen Selbstverwaltungen auf ein bloßes Mitwirkungsrecht an der Selbstverwaltungstätigkeit der Landkreise. Abgesehen davon, daß die Verwirklichung des Gesamtprogramms in Form der angekündigten zehn neuen Verwaltungsgeetze und die praktische Umgestaltung des gesamten preussischen Verwaltungsapparates viele Jahre und erhebliche Mittel in Anspruch nehmen würde, sind, so schreibt der Reichstag, die bestehenden, die vorliegenden Programmpunkte nach unserer einmütigen Auffassung ungeeignet, eine Verbilligung und Vereinfachung für Staat, Selbstverwaltung und Gesamtbevölkerung herbeizuführen, die beabsichtigt und im Allgemeininteresse geboten ist.

Selbst das Programm des Ministers verkennt nicht die Notwendigkeit, daß in den größeren preussischen Provinzen Bezirksvereinigungen als örtliche Verwaltungsstellen des Oberpräsidenten bestehen bleiben müssen, weil eine Kreisbehörde als einzige staatliche Mittelinstanz für eine große Provinz ihre Aufgaben weder für den Staat, noch für die Selbstverwaltungen, noch für die gesamten Einwohner der Provinz zweckmäßig erfüllen kann. Im übrigen ergibt sich aber mit Notwendigkeit, daß sich die Landkreiseverwaltungen infolge der Dezentralisation und Konzentration zu kleineren Bezirksregierungen als Staats- und zugleich als Selbstverwaltungsinstanz auszuweisen werden, so daß das Gesamtergebnis der Reform eher eine Verstärkung als eine Verbilligung der Gesamtverwaltung wäre. Auf der anderen Seite würde durch die Übertragung wichtiger Selbstverwaltungsaufgaben auf die Landkreise und der Staatsaufsicht und Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz über die Städte bis 5000 oder 10000 Einwohner auf die Organe des Landkreises der lebendige Geist der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung in der mittleren und kleinen Städten, der sich seit Menschengedenken zum Wohle ihrer Bürger und des Staats ganz auf seine beständige hat, völlig erlöschen. Vor allem aber würde infolge der vielfachen Gegenständigkeit der Interessen von Stadt und Land und infolge des natürlichen Wettbewerbs zwischen Landkreis und kreisangehörigen Städten auf wichtigen Gebieten der Selbstverwaltung und der wirtschaftlichen Unternehmungen die grundsätzliche Voraussetzung für die Ausübung jeder Staatsaufsicht und Verwaltungsgerichtsbarkeit, nämlich die Überparteilichkeit der entscheidenden Instanz, in keiner Weise gewährleistet sein.

Der preussische Staat braucht eine Verwaltungsreform, die so schnell als möglich ohne große Kosten und ohne Umwälzung des ganzen Verwaltungssystems Verbilligung und Ver-

einfachung schafft und die bewährte Selbstverwaltung der Gemeinden in stärkerem Maße als bisher zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Man sollte durch Beschränkung der staatlichen Verwaltungstätigkeit eine Verringerung des staatlichen Beamtenapparates in allen Instanzen ermöglichen, die Oberpräsidenten als Mittelinstanz beibehalten oder lediglich als Repräsentanten der Staatspolitik erhalten, im übrigen aber die Bezirksregierungen, die sich wegen ihrer engen Fühlung mit den Ortsbehörden, den Selbstverwaltungen und der Einwohnererschaft seit einem Jahrhundert vorzüglich bewährt haben, grundsätzlich bestehen lassen. Eine weitere Verbilligung und Vereinfachung wäre dadurch zu erreichen, daß sofort

1. die kleinen Regierungsbezirke (z. B. Stralsund, und eine Anzahl von Regierungsbezirken in Hannover) anderen Regierungsbezirken zugeschlagen werden,
2. in einzelnen Provinzen mit nur einem Regierungspräsidenten (z. B. Schleswig-Holstein, Grenzmark, Oberschlesien) das Amt des Oberpräsidenten mit dem des Regierungspräsidenten oder noch weitergehend in allen Provinzen mit dem des Regierungspräsidenten am Sitz der Provinzialhauptstadt vereinigt wird,
3. die zahlreichen Zwerkreise (z. B. in Hannover oder auch in anderen Provinzen) mit anderen Kreisen zu größeren Landkreisen zusammengefaßt werden,
4. Gesetzesbestimmungen geschaffen werden, die es ermöglichen, zahlreiche Gutsbezirke und kleine Landgemeinden ohne eigene Verwaltungsfähigkeit und ohne Verwaltungstechnik vorgebildete Verwaltungsbeamte im Wege der Eingemeindung in Städte oder durch Vereinigung zu Ämtern und Landbürgermeistereien zu leistungsfähigen Selbstverwaltungskörpern zusammenzuschließen.

Zu Experimenten, die in langen Jahrzehnten bewährte Gebilde der Staats- und Selbstverwaltung beseitigen oder zu örtlichen Verwaltungsstellen ohne eigene Verantwortung herabzubrechen und überdies keinerlei Gewähr dafür bieten, eine Vereinfachung, Verbilligung und Verbesserung der Verwaltung herbeizuführen, fehlt es dem Staat an Zeit und Geld.

Der Finanzausgleich.

Beratung im Preussischen Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat behandelte den Gesetzentwurf zur Veränderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz. Grundsätzlich bleibt es bei dem bisherigen Verteilungsschlüssel. Ein Ausgleich soll bei der Umsatzsteuer gesucht werden, an der die Gemeinden mit 50 Prozent beteiligt sein sollen. Eine gewisse Mehreinnahme bringt der Entwurf den Gemeinden dadurch, daß die Verwaltungsgebühren für Auftragshandlungen allgemein in voller Höhe überwälzt werden sollen. Um einen stärkeren Lastenausgleich innerhalb der Gemeinde zu schaffen, bringt der Entwurf auf dem Gebiete der Einkommen- und Körperschaftsteuer während ab 1. April eine Erhöhung der sogenannten relativen Garantien von 80 auf 100 Prozent der Vorkriegsauskommen.

Der Hauptausgleich des Staatsrats hat eine Reihe von Veränderungen an der Vorlage vorgenommen. Der Ueberweisungssatz der Um-

satzsteuer soll von 50 auf 55 Prozent erhöht werden. Bei der relativen Garantie wurde eine Herabsetzung des Hundertsatzes von 100 auf 90 Prozent vorgeschlagen. Der Ausschuss schlägt weiter vor, den ganzen Gesetzentwurf auf das Rechnungsjahr 1926 zu beschränken.

In der Aussprache erklärte Oberbürgermeister Dr. Voß-Berlin, der Fehlbetrag des Staatspiels gegenüber den ungeheuren Fehlbeträgen der Gemeinden gar keine Rolle. Die Vorlage der Regierung laufe zum Teil wieder darauf hinaus, bei der Verteilung der Steuern die Gemeinden heranzuziehen, um das Staatsdefizit zu decken. Das vorliegende Kompromiß des Ausschusses sei ein bedauerndes Nachgeben. Eine neue Anziehung der Steuerkraft und der Zusammenbruch weiterer Einnahmen würde die Folge sein.

Ministerialdirektor Muhlert betont, die finanzielle Lage der Gemeinden erfordere die Staatsregierung mit größter Sorge. Diese Vorlage sei aus der Sorge um die weitere Entwicklung geboren. Es müßte die gerechteste und billigste Verteilung der vorhandenen Mittel gefunden werden. Die Staatsregierung werde sich voraussichtlich mit dem Kompromiß einverstanden erklären können.

Nach langer Debatte wurde der Vorlage mit den Veränderungen des Ausschusses zugestimmt. Weiter fand folgende Entschließung Annahme: „Der Staatsrat bedauert, daß mit dem Gesetzentwurf nicht gleichzeitig

die unvermeidliche Neuverteilung der Haus-

zinssteuer vorgelegt worden ist. Diese Unterlassung mache es dem Staatsrat in wesentlichen Punkten unmöglich, der Regierungsvorlage beizutreten, soweit sie den Finanzausgleich auch für das Rechnungsjahr 1926 vorstellt.

Der Staatsrat vertagte sich auf den 19. November.

Lohnverhandlungen

in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie.

In der Bezirksarbeitsgemeinschaft (Betriebsgemeinschaft) der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie über das von den Gewerkschaften geforderte Lohnabkommen wurde von Arbeitgeberseite entsprechend der

weiteren Verschlechterung der Lage der

Eisenindustrie

ein Abbau der Löhne um 10 Prozent gefordert. Desgleichen verlangten die Arbeitgeber eine Auslegung der Ziffer des Schiedsspruches vom 25. Juni, in dem festgelegt war, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 20. Juni 1925 keine Lohn- und Gehaltssteigerungen für die Arbeiter entstehen sollen, dahingehend, daß auch keine Erhöhung des Verdienstes bei gleichbleibenden Leistungen eintreten solle. Die Gewerkschaften erklärten, daß sie die Verhandlungen als aussichtslos ansehen, und stellten die Forderung einer Lohnherabsetzung um 15 Prozent in Aussicht.

Die deutsche Schule in Rom gefährdet.

Die Römische Zeitung meldet aus Rom, daß die deutsche Schule auf Anordnung der Behörde die weitere Erteilung des Unterrichts

an Kinder italienischer Eltern einzustellen habe. Für den Nichtbefolgungsfall sind Polizeimahnahmen angedroht. Die deutsche Schule hat infolge dieser Weisung zu Beginn dieses Schuljahres zahlreiche italienische Neuanmeldungen ablehnen müssen. Dadurch ist wegen der geringen Anzahl der deutschen Kinder in Rom aus finanziellen Gründen die Existenz der deutschen Schule gefährdet.

Verurteilung eines Toten

zu Zwangsarbeit.

Der belgische Kriegsgerichtsausschuss.

Das Kriegsgericht in Antwerpen hat den feinerzeitigen Kommandanten von Antwerpen, v. Wefeler, in Abwesenheit zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er angeblich einen Meuterer einsperrt ließ. — General v. Wefeler ist bekanntlich — und auch das belgische Kriegsgericht wird davon Kenntnis gehabt haben — seit längerer Zeit verstorben.

Der Paßverkehr mit Oesterreich.

Im Hinblick auf irrtümliche Mitteilungen, die dahin gingen, daß zufolge der Vereinbarung mit der deutschen Reichsregierung über die Aufhebung des Sichtvermerzwanges auch der Paßzwang aufgehoben sei, wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sowohl reichsdeutsche, als auch österreichische Staatsangehörige zum Grenzübertritt nach bzw. von Deutschland grundsätzlich nach wie vor eines gültigen Reisepasses bedürfen.

Wie die Lügenmaschine lief.

Ein lehrreiches Beispiel, wie von der Entente eine Kriegsschuldfrage zurechtgerückt und ihren Willkür fuggert wurde, gibt eine Mitteilung des früheren Unterstaatssekretärs im britischen Auswärtigen Amt unter dem Namen Macdonald, Arthur Bonjohy an die englische Zeitschrift „The Nation“. Es handelt sich um den Fall der Festung Antwerpen. Aus Anlaß desselben war in einem Artikel der „Römischen Zeitung“ folgender Satz geschrieben worden: „Als der Fall Antwerpens bekannt wurde, läuteten die Kirchenglocken“ (d. h. natürlich in Deutschland).

Daraufhin geht folgende Notiz durch die Presse der Ententeländer:

„De Matin“: „Ant Antwerpens Zeitung“ wurde die Geistlichkeit von Antwerpen gezwungen, beim Falle der Festung die Kirchenglocken läuten zu lassen.“ — Die „Times“: „Wie der Matin“ aus Köln erfährt, wurden die belgischen Geistlichen, die sich weigerten, beim Falle Antwerpens die Kirchenglocken läuten zu lassen, aus ihren Ämtern vertrieben.“ — Der „Corriere della Sera“, Mailand: „Wie die Times“ aus Paris über Köln erfahren, wurden die unglücklichen belgischen Geistlichen, die sich weigerten, beim Falle Antwerpens die Kirchenglocken läuten zu lassen, zu Zwangsarbeit verurteilt.“ — „De Matin“: „Wie der Corriere della Sera“ aus Köln über London erfährt, bestätigt es sich, daß die barbarischen Eroberer von Antwerpen die unglücklichen belgischen Geistlichen für ihre heldenhafte Weigerung, die Kirchenglocken läuten zu lassen, dadurch bestraften, daß sie sie mit den Köpfen nach unten als lebende Klöppel an die Glocken hängten.“

So wird's gemacht!

Aus aller Welt.

— Schweres Sprengungsglück bei der Reichswehr. Bei Sprengarbeiten der Reichswehr in Baiken auf dem Schießplatz Litten wurde ein Unteroffizier so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Er bog nur gegen Bezahlung.

Jac Dempfys Selbstbeherrschung.

In das Bandhaus des Weltmeisters Jac Dempf wurde dieser Tage eingebrochen. An sich scheint es ja ein Wagemut zu sein, bei einem der ersten Bogen der Erde einzubrechen. Aber der Dieb hatte Glück und konnte sich mit einer ganz ansehnlichen Beute davonmachen. Der Beger wird denken, Dempf sei nicht zu Hause gewesen. Im Gegenteil! Jac Dempf war nicht nur zu Hause, er war sogar Zeuge des Diebstahls und sah den Dieb mit seinem Raub entfliehen, ohne einen Finger zu rühren, um den Burschen zurückzufallen. Man wird sich wundern, denn dem Bogmeister wäre es wohl ein leichtes gewesen, dem Eindringling einen Dentschell zu geben; aber Jac Dempf soll nur die Achseln gezuckt und gesagt haben: „Ich bin Berufsbooger und böge nur gegen Bezahlung.“

— Schredlicher Tod zweier junger Mädchen. In Wannheim hat sich ein entsetzliches Unglück ereignet. Zwei junge Mädchen liefen im Spiele, sich nedend, direkt in die Lokomotive eines Zuges. Sie wurden bis zur Unkenntlichkeit verhäutelt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

— Verbrüht. Um sich zu wärmen, Latte sich in dem Dorfe Rode bei Neustadt i. S. ein eifriger Knabe an den Waschkessel gesetzt. Durch tragenden Umstand kam das Kind dem heißen Wasser zu nahe. Es verbrühte sich einen Fuß und mußte dem Krankenhause zugeführt werden. Eine hinzugereichte Muttergurgel führte bald darauf den Tod des Knaben herbei.

— Kälte und Schneefall. Wie aus Freiburg i. Br. gemeldet wird, gehen leichte Schneefälle auf den Feldberg nieder. Die Temperatur

betrug nachts minus 7, 2 Grad. — Aus Dresden wird der Eintritt ziemlich heftigen Schneetreibens gemeldet.

— Verhängnisvolle Hundetrene. Ein Lehrer in St. Ingbert (Saargebiet) wurde beim Ueberqueren eines Eisenbahngeleises von einem im gleichen Augenblick daherkommenden Lokomotive erfasst. Schwer verletzt blieb der Unglückliche an der Schiene liegen. Als ein sofort herbeigerufener Arzt diesem einen ersten Verband anlegen wollte, ließ der Hund des Verunglückten den Arzt nicht an seinen Herrn heran. Als schließlich der Hund mit List von dem Vermundeten fortgelockt war, kam die ärztliche Hilfe zu spät. Die Verblutung war bereits soweit vorgeschritten, daß der Lehrer bald darauf starb.

— Verhaftung mit tödlichem Ausgang. Der 61jährige Weidenmeister Pech in Gummersbach, der seit einigen Tagen mit 200 M. Lohngebern beschäftigt ist, ist, als bei seiner Verhaftung dem Kriminalbeamten Skatwinkel eine Angel in den Hals und schloßte. Der verlesene Kriminalbeamte verfolgte ihn jedoch und erreichte ihn in dem Augenblick, als sich Pech eine Angel in die Schlinge schloß, die den sofortigen Tod herbeiführte. Der Polizeibeamte befindet sich außer Lebensgefahr.

— Ausgebrochen aus dem Gefängnis. In Freiberg (Sachsen) sind zwei schwere Verbrecher. Sie hatten mit Geisteskranken ihre Zellenwände durchbohrt. Der eine konnte bereits wieder dingfest gemacht werden; auf den anderen, der 5 Jahre wegen schweren Diebstahls zu verbüßen hat, wird noch gefahndet.

— Durch Kartoffelfeuer verbrannt. Zwischen Graunach und Reudorf im Erzgebirge hat sich kürzlich auf einem Kartoffelfelde ein außerordentlich bedauerlicher Vorfall zugetragen. Das fünfjährige Tochterchen eines Gutsbesizers kam einem von einem Anstehen entlaufenen Kartoffelfeuer zu nahe. Dabei fing das Kleinkind des Kindes Feuer. Laut schreiend lief die Kleine heimwärts, brach indes nach wenigen Schritten zusammen. Verbleibende Feldarbeiter brachten sie nach der elterlichen Wohnung. Obwohl ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, starb das Kind bald darauf unter entsetzlichen Schmerzen.

— Mit 22 000 M. durchgebrannt. Nach Untersuchung von 22 000 M. ist der Buchhalter einer Münchener Großfirma gestrichelt. Der Defraudant hat das Geld einkassiert und die Eintragungen unterlassen.

— Feuer am Bord eines deutschen Dampfers. In Nord des deutschen Dampfers „Hohenlimburg“, der eine Alkoholladung im Werte von einer Viertel Million Dollars an Bord hat, ist, nach einer Meldung aus Halifax (Neuschottland) ein Brand ausgebrochen. Das Feuer ist durch Selbstentzündung ausströmender Dämpfe entstanden.

— Rette Frischfischen. In einem Hotel in Stettin wurden seitens der Polizei zwei Burschen aus Berlin im Alter von 18 bzw. 15 Jahren festgenommen. Sie hatten sich durch große Geldausgaben verdächtig gemacht. Der jüngere von beiden hatte seinen Eltern 2000 M. entwendet. Damit waren sie dann auf und davon. 1500 M. hatten die beiden bereits klein gemacht. Der Achtzehnjährige wurde dem Amtsgericht zugeführt, den jüngeren nahm der Vater wieder in Empfang.

— Ein Anstaltsniedergebrannt. Das Anstalts im Distrikt von Kopenhagen bei Kollberg wurde durch eine Feuerbrunst völlig zerstört. Die Feuerwehre vermochte nur das Mobiliar aus den Fremdenzimmern zu retten.

— Aufschlag auf einen Kraftwagen. Unlängst hatten Bubenhande unweit des Ortes Töberbrück bei Döberode (Sachsen) eine Anzahl größerer Steine quer über die Landstraße gelegt, in der Absicht, den durchfahrenden Autos zum Verunglücken zu bringen. Bedinglich der Aufmerksamkeit des Kraftwagenführers ist es zu danken, daß diese Absicht vereitelt wurde.

— Ein sensationeller Prozeßzwischenfall. In Remberg kam es zu Beginn der Verhandlung im Remberger Attentatsprozeß zu einem Zwischenfall, der den Abbruch und die Vertagung der Verhandlung veranlaßte. Der Geschorene Zuckerkiewicz, Direktor der Erbslag-Gesellschaft, sank plötzlich, vom Herzschlag getroffen, im Gerichtssaal tot nieder.

— Zugzusammenstoß in England. In der Nähe von Wandul in Wales stieß ein Eisenbahnzug, in dem Schulkinder zur Schule fuhren, mit einem anderen Zug zusammen. 10 Personen wurden verletzt, darunter drei Kinder, von denen eins im Sterben liegt. Die Lokomotivführer der beiden zusammengefahrenen Züge sind Vater und Sohn.

— Aus Gram gestorben. Die Mutter des bei der Katastrophe der „Shenandoah“ ums Leben gekommenen Kommandanten, Frau Elisabeth Lamsdowne, ist, wahrscheinlich aus Gram

über den jähen Tod ihres Sohnes, plötzlich in Greenville (Ohio) gestorben.

— Ein verhängnisvolles „Zaubertrick“. In New York fand dieser Tage eine Hochzeitsfeier statt, bei der eine Köchin ein Pulver zur Anwendung brachte, das die Kraft besitzen sollte, das junge Paar fürs ganze Leben glücklich zu machen. Mit diesem magischen Pulver wurden die Speisen bestreut. Die Wirkung war jedoch von anderer Art; sämtliche Hochzeitsgäste wie auch die Neuvermählten erkrankten an Vergiftungserscheinungen.

— Versicherung gegen Ehelosigkeit. Für den Fall, daß sie keinen Ehemann finden sollten, können sich in New York weibliche Personen versichern. Die Versicherungssumme gelangt zur Auszahlung, sobald die versicherte Person das vierzigste Lebensjahr erreicht hat. Witwen und geschiedene Frauen gelten als unverheiratet.

— Das Flugzeug als Warenhausartikel. Das bekannte New Yorker Warenhaus Wanamaker beginnt mit dem Verkauf von Flugzeugen der Ford Motor Co. als regulärem Handelsartikel. Der Kleinhandelspreis stellt sich auf Dollar 25 000. Das erste für das Warenhaus bestimmte Flugzeug, ein Ganzmetallmodell von 55 1/2 Spannweite mit einem Motor von 400 H.P., verließ die Flugstation der Ford Motor Co. in Michigan mit Teilen eines Kraftkraftwagens. Nach der Ankunft auf dem Flugplatz in New York erfolgte die Zusammenstellung des Kraftkraftwagens, der daraufhin den Eindecker nach dem Warenhaus transportierte.

Von der Fliegerei.

(Ein Luftschiff als Mutterstift.) Das Luftschiff „M. 23“ flog mit einem Flugzeug, das unter seiner Hülle befestigt war, zu einem Probeflug auf. Eine Viertelstunde nach dem Aufstieg wurde das Flugzeug von der Vorrückung, die es mit dem Luftschiff verband, gelöst und machte selbständige Flugübungen, um dann wieder an dem Luftschiff befestigt zu werden. Es ist das erste M. 23, das ein Luftschiff als Flugzeugmutterstift benutzt wird. Ergänzend wird berichtet, daß bei der Wiederbefestigung des Flugzeuges dessen Propeller gegen einen der Drähte schlug und dabei beschädigt wurde. Trotzdem gelang es dem Flugzeugführer nach einiger Zeit, wieder abzusteigen und auf dem Flugplatz glatt zu landen.

Der Verkauf von Orden u. Ehrenzeichen.

Nach einer Bekanntmachung des Staatsministeriums (St. M. (G. D. E.) 3347) sind für die nachstehend aufgeführten Orden und Ehrenzeichen sowie für die von den Besessenen oder deren Angehörigen künstlich als Urkunden erworben werden, bis auf weiteres die folgenden Preise zu entrichten: Stern zum Roten Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub 91,20 R.M., Roter Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub 87,80 R.M., Roter Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife 63,40 R.M., Roter Adlerorden 4. Kl. 10,20 R.M., Roter Adlerorden 4. Kl. mit der Schleife 12,40 R.M., Stern zum Kronenorden 2. Kl. 79,40 R.M., Kronenorden 2. Kl. 111,40 R.M., Kronenorden 3. Kl. 74,30 R.M., Kronenorden 3. Kl. mit der Schleife 87,80 R.M., Kronenorden 4. Kl. 23,70 R.M., Kronenorden 4. Kl. mit der Schleife 25,40 R.M., Adler der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern 13,50 R.M., Ehrenritterkreuz des Johanniterordens 91,20 R.M., Verdienstkreuz in Gold 15,30 R.M., Verdienstkreuz in Silber 9,00 R.M., Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens 16,90 R.M., Allgemeines Ehrenzeichen in Bronze 1,80 R.M., Rote Kreuzmedaille 2. Kl. 6,20 R.M. Die letzte Preisfestsetzung wird außer Kraft gesetzt. Die Kostenpreise für alle vorstehend nicht aufgeführten reichsdeutschen Orden und Ehrenzeichen sind beim Preussischen Staatsministerium (G. D. R. M.) Berlin W. 8, Wilhelmstraße 33, zu erfahren. Geldbeträge sind der Bürolasse des Preuss. Staatsmin. in Berlin W. 8 (Postfachkonto Berlin 29114) zu überweisen. In allen Schreiben, die den Ankauf oder die Rücklieferung von Orden und Ehrenzeichen betreffen, ist entweder Teil und Seite der Ordensliste anzugeben, auf der die Besessenen verzeichnet stehen, oder es sind, wenn dies nicht möglich ist, die Daten mitzuteilen, die die über die Auszeichnungen lautenden Bescheinigungen tragen.

Die Beschwerde des Teyler Klosters vom hiesigen Verwaltungsgeschäft abgewiesen.

Die Entscheidung in der Angelegenheit des Teyler Klosters ist gefällt. Die eingebrachte Beschwerde gegen die Verordnung des hiesigen Staatsbottens, womit bekanntlich der Betrieb in Zwangsverwaltung übernommen wurde, sowie das Ansuchen des Praemonstratenser Ordens um Auslieferung von Boden im Ausmaße von 700 Ha. aus der Besitznahme, wurden als grundlos abgewiesen, da die Praemonstratenser Einreichung dieses Gesuches am 30. Tage überschritten worden sei. Außerdem hatte der Orden Beschwerde geführt über die Kündigung der Bewirtschaftung einer Anzahl von Realitäten. Gegen diese Kündigung wandte der Orden ein, daß zu den gekündigten Grundstücken auch Immobilien gehören, die nicht Eigentum des Ordens sind, und daß diese Kündigungen auch aus dem Grunde fehlerhaft seien, weil bisher über das Gesuch im Sinne des Zuteilungsgesetzes kein Beschluß gefaßt worden sei. In diesem Punkte hat der Oberste Verwaltungsgerichtshof dem Ersuchen hinsichtlich einiger Grundstücke Rechnung getragen und den Beschluß des staatlichen Bodenamtes auf fehlerhaftes Verfahren aufgehoben.

Gefahren ungenügender kaufmännischer Ausbildung in kurzfristigen Lehrgängen von Privatschulen.

Aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe wird geschrieben: „Zunehmend wiederkehrende Klagen über die unzureichende Ausbildung in kaufmännischen Lehrgängen von Privatschulen, die in Verbindung mit der Ausbildung der Privatschulen der Handelsschulen, einige Regierungspräsidenten, in deren Bezirken besonders die Privatschulen vorhanden sind, zur Klärung darüber aufzufordern. Die jetzt vorliegenden Berichte haben erkennen lassen, daß in verschiedenen Bezirken eine größere Anzahl kaufmännischer Privatschulen vorhanden ist, die trotz wiederholter Hinweise immer noch für die heutigen Verhältnisse gänzlich unzureichende kurze Lehrgänge in Maschinenschreiben, Kuchenschrift, Buchführung und anderen Fächern abhalten. Die Folge ist — wie auch durch die Klagen der Angehörigenverbände bestätigt wird —, daß zahlreiche junge Leute mit unzureichender Vorbildung in das geschäftliche Leben ein treten, dort versagen und eine Belastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsnachweise darstellen. Diese Vorwürfe wiegen besonders schwer in einer Zeit, wo wie jetzt ohnehin Arbeitslosigkeit in besorgniserregendem Maße vorhanden ist.“

Der Preussische Handelsminister hat daher in einem Erlaß vom 23. September die Regierungspräsidenten ersucht, bei Zulassung und Beaufichtigung der kaufmännischen Privatschulen diese Umstände besonders zu berücksichtigen.“

Mysteriöses Verschwinden eines Kuriers

Als der zwischen Sibirien und Moskau verkehrende Schnellzug in Moskau eintraf, wurde festgestellt, daß der mitreisende litauische Kurier auf ungeklärte Weise verschwunden ist. Sein diplomatisches und persönliches Gepäck wurde sofort der litauischen Gesandtschaft übergeben.

Neuer U-Boot-Zusammenstoß in der amerikanischen Marine.

Das amerikanische U-Boot 25 entrannt mit knapper Not einem ähnlichen Unglück wie das U-Boot 51. Beim Auftauchen nach Ausführung eines taktischen Manövers rampte es ein Minensucher. Das U-Boot verlor sein Periskop, jedoch drang kein Wasser ein. Dem Minensucher wurden einige Platten eingebracht. Beide Bootzeuge konnten den Hafen ungefährdet verlassen.

Angeordnete Beschießung Tsingtaus.

In Tsingtau entstand große Verwirrung, als zwei Kanonenboote wegen Dohnerforierungen der Befestigung mit der Beschießung der Stadt drohten. Die Militärbehörden fordern die Uebergabe der Kanonenboote. Die Verhandlungen dauern an.

Zusammenstoß in Berlin.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Teilnehmern eines Demonstrationen zuges nach einer Versammlung der R. P. D. und der Polizei gab ein von der Menge mit Steinen beworfener Beamter in der Notwehr zwei Schüsse ab, durch die ein Arbeiter am Oberarm verwundet wurde. Der Beamte erlitt Verwundungen am Kopf.

Kleine Nachrichten.

Der Beamtenausschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag an, auf die Regierung einzuwirken, das Besoldungsgesetz aufzuheben.

Das Hochverratsverfahren gegen den Abgeordneten von Graefe-Goldbeck (deutschholländisch) wegen des Verstoßes seiner Beteiligung am Hitlerputsch wurde auf Grund der Amnestie eingestellt.

Zum Vertreter Ungarns in Berlin wurde der Gesandte von Kania ernannt.

Der ungarische Kultusminister Dr. Graf von Klebelsberg trifft in den nächsten Tagen zu kulturpolitischen Erörterungen in Berlin ein.

Ein neuer holländischer Kreuzer „Java“, hat von Amsterdam die Ausreise nach Nieder-Indien angetreten.

Die französischen Verluste in Syrien wurden von Pains auf 601 Tote, Verwundete und Vermisste angegeben.

Wegen eines Stewards Streiks, der 100 Personen umfaßte, konnte der Dampfer „La France“ den Hafen von Havre nicht verlassen, und die Passagiere mußten nach Paris zurückbefördert werden.

Als Thronfolger von Kaschmir wurde der Maharadscha Sir Hari Singh von der britischen Regierung bestätigt.

Als de Janeiro soll vom Antrag der brasilianischen geographischen Gesellschaft in Guanabara umbenannt werden.

Bei einer „Säuberungsaktion“ in der Gegend von Damaskus haben die Franzosen 100 Banditen erschossen und die Reichen öffentlich zur Schau gestellt.

Auslands-Nachrichten.

Wiener Stadtwärterkammer.

Der Wiener Magistrat hat eine bittere Pille zu schlucken: Die Vorgänger des hochwürdigen Rates haben zur Zeit der zweiten Türkenbelagerung im Jahre 1683 dem Grafen Starhemberg, der Wien erfolgreich verteidigt hatte, zum Dank Steuerfreiheit für seinen Besitz zugesagt. Die späteren Ratsverfassungen haben diese Tat bitter gereut, und sie haben wiederholt versucht, dieses Privileg rückgängig zu machen; denn der Besitz des Grafen Starhemberg ist recht umfangreich und hätte dem Magistrat manches runde Stümchen an Steuern eingebracht. Im Laufe von hundert Jahren rannte sich der Magistrat mit unzähligen Prozessen die Köpfe ein — es half nichts. Und jetzt muß er wieder 31.000 Schilling zurückzahlen, die die Gemeinde unzureichend an Wohnbausteuer von der Starhembergschen Familie erhoben hatte.

Zur Erweiterung des Luftpostnetzes hat das Neuport Hauptpostamt eine Reihe von Abkommen abgeschlossen. Fünfundzwanzig der größten amerikanischen Städte werden dadurch miteinander auf dem Luftwege in Verbindung gebracht. Dies bedeutet eine Erweiterung des Luftpostnetzes um 4500 Meilen. Allgemein erblickt man in dieser Erweiterung die Schaffung eines großen Verkehrsnetzes, das gleichzeitig dem Personen- wie Frachtfahrtverkehr zu dienen berufen sein soll.

Amerikas Kampf gegen den Alkohol.

Der Inhalt eines Speichers mit befehlsgemäßen Spirituosen im Werte von einer Million Dollar, darunter alter Burgunder, Champagner berühmter Marken Brantwein und Brantwein, wurde in den East River gesunken.

Wirtschaft und Handel.

(Großhandelsindex.) Die auf den Stichtag des 14. Oktober berechnete Großhandelsindex der Statistik des Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 7. Oktober (125,3) um 0,2% auf 125,1 zurückgegangen. Gefunden sind die Preise für Schmalz, Zucker, Schweinefleisch, Soßen, Milch, Käse, Treibbrennöl, einige Textilrohstoffe und Galvanis, sowie Gasöl, höher lagen die Preise für Weizen, Gerste, Butter, Rindfleisch, Milch, Zuckerrüben, und die meisten Metalle. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 120,7 auf 121,1 oder um 0,8% angezogen, während die Industrieerzeugnisse (Rohstoffe) von 134,1 auf 132,8 oder um 1% nachgaben.

(Die Erwerbslosenfrage.) Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung ist in der Zeit von Mitte bis Ende September um 5 1/2 v. S. d. i. von 252.000 auf 266.000 gestiegen. Diese Zahl von 14.000 betrifft fast ausschließlich die männlichen Hauptunterstützungsempfänger, während die Zahl der weiblichen eine nennenswerte Veränderung nicht aufweisen hat.

(Ausdehnung der jugoslawischen Interessen.) Wie aus Belgrad berichtet wird, finden dort Verhandlungen statt, die auf eine bedeutende Erweiterung der jugoslawischen Interessen der Firma Krupp in Essen hinführen. Am 15. Oktober fand in Brod die erste Generalversammlung nach dem Zusammenschluß der Firma Krupp mit der jugoslawischen Waggonfabrik in Brod statt. Dieser Generalversammlung sah man in jugoslawischen Wirtschaftskreisen mit großen Erwartungen entgegen. Es wird von beabsichtigten Neugründungen gesprochen.

Die Umflutgräben Kamens.

Als wir den am 19. August durch den Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises für den Landkreis Hamm zu Kamens gefaßten Beschluß, als Notstandsarbeit in Kamens sofort mit der Reinigung und Tiefenerlegung der Umflutgräben zu beginnen, mitteilten, ahnten weder unsere Leser noch wir von dem Umfang, den in erfreulicher Weise diese Arbeiten gewonnen haben. Man dachte sich eben: Na, die Gräben werden etwas gereinigt, die Kassekanten, Müll-eimer, Speisereife und anderer Unrat entfernt und auf einen Haufen zusammengetragen, wo sie mutwilligen Jünglingen zu Repetitionszwecken recht nahe zur Hand sind ... und in längstens einem Monat erstrahlen die Umflutgräben wieder in ihrem alten und liebgewordenen (Seher! Nicht unlieb!) Bilde. Erst nach und nach, als im Osten wie im Westen gewaltige Erd- und Massenverschiebungen vorgenommen, Teile der Dikstraße, der Dikmänner, anderer-seits der Dikmänner versenken, ihre Eingeweide aufgewölbt und mit Möhren befüllt wurden, verstummte der vorläufige Kritikus, um erst mal den Verlauf der Arbeiten abzuwarten. Wenn wir heute den bis zur Dikmänner und zur Dikmännerstraße vorgebrungenen Arbeiten vorzählen, wollen wir nicht verfehlen, uns

das frühere Bild der Umflutgräben

ins Gedächtnis zu rufen. Wenn es je einen Schandblick in Kamens Mauer gab, so waren es diese. Der Fremde in Kamens besuchte wohl in den ersten Tagen den Dain der Stadt, den Stadtpark, der ja nicht übel angelegt, wenn auch etwas klein geraten ist. Dort sah er, was er schließlich er, seinen Spaziergang um die Stadt herum fortzusetzen und Luftwandeln nach rechts oder links weiter, ganz in seine Gedanken vertieft, bis ein ganz penetranter (mit allem Respekt gesagt!) Gestank ihn auf das herrliche Landschaftsbild aufmerksam werden läßt, das ihn mit so „wohlriechenden“ Dämonen umgibt. Volle Gräben füllten er seine Blicke in die Tiefen eines ... Umflutgrabens. Das heißt: er mag sich über den eigentlichen Zweck des Grabens wohl unkluglich sein, bis er nach und nach findet, daß weiße Männer in origineller Art um die Stadt einen Graben gezogen haben, um dort allen erdenklichen Haus- und Küchengeräten ein würdiges Vergeben zu sichern. Da winken ihm außer Dienst gefasste Wäp- und Nachgeschirre, Krüppel, Kaffeekannen, Kasserollen, alte Wäp- und Lampenschirme, Kleiderbänke und hundert anderer Gegenstände entgegen, wie sie in dieser Mannigfaltigkeit und Quantität selbst das Hirn eines phantastischen Schriftstellers nicht zusammenfassen könnte. Bisher jeder Schlamm, oft durchstochen von halbverfaulenden Gewässern, verbindet und vertritt die einzelnen Schandgegenstände recht innig miteinander, während ein überfarbiges trübes Wasserlein sich seinen Weg durch Mühe und Spalten bahnt ... langsam und stetig, denn es eilt nicht zur See. Wenn der Fremde die Neugier jenes Bildes verarbeitete, beachtete er nicht, daß dicke Schwärme lästiger kleiner Niden sein Haupt umkreisen, ihm den Atem erschweren und Nacken und Gesicht zerfressen. Kaum gewahrt er diese unerwartete reizende Zugabe, als er — Entsetzen im Herzen, ersten Geruch in der Nase, schmerzende Mückenstiche im Gesicht — jene schauerliche Stätte fliehend verläßt. Kaum mußte es nötig sein, die hygienischen Gefahren der früheren Gräben zu betonen. Sind sie nicht tausendmal besser als Bruchstätten zur Zucht krankheits- und verderbbringender Bakterien und Bazillen geeignet als die experimentellen Zuchtställe der Laboratorien? Ist es menschliches Verstand, daß jene Gräben nicht der Verd einer furchtbaren Zucht wurden? Könnte denn ein Flindichter ein befruchtendes Gelände zur Vorkultivierung russischer Dörfer finden, als jene Stätte von der Dikstraße bis zur Dikmännerstraße?

Mit diesen unwürdigen Verhältnissen mußte aufgeräumt werden. Letzten Endes bildete zwar lange Zeit die Regulierung des Seefiegeles die Vorbedingung zur Regulierung der Umflutgräben. Solange der Spiegel der Umflutgräben teilweise tiefer lag als der Seefiegelespiegel, war weder eine Kanalisation der Stadt noch eine gedeihliche Führung der Umflutgräben möglich. Nach der Tiefenerlegung des Seefiegeles um 2-3 Meter waren immer noch finanzielle Gründe hinderlich, bis durch die Ausführung als Notstandsarbeit der seitens des Stadtbauamtes längst gehegte Plan endlich möglich wurde.

Die Länge der offenen Gräben

wurde bedeutend verfürzt. Von der Merschbrücke bis zur Dikstraße führt der östliche offene Graben in einer ungesährlichen Länge von 300 Metern, die von mehreren 2 Meter breiten Ueberführungen unterbrochen wird, um den Besitzern der anliegenden Gärten den Uebergang zu ermöglichen. Von den Besitzungen Zellhaus bis Linke auf dem Wege Stadtpark zum Werf wurde der Graben kanalisiert und zugeworfen, um eine Ausweiche für Fuhrwerke zu schaffen, nachdem der dort führende Weg für zwei Fuhrwerke zu schmal ist. Eine weitere Strecke

führt vom Ende der Schillstraße in der Höhe des städtischen Gärtners bis zum Beginn der Gottesbergstraße, ferner von der Dikstraße bis zum Einlauf an der westlichen Ecke zwischen der Dikstraße und der Dikmännerstraße. Der südliche Umflutgraben, der von Schreieck hinter der Post bis zu Dikm, von dort unter der Dikmännerstraße weiter und in nach Osten auslaufendem Bogen bei den Gartenanlagen an der Dikmännerstraße in die Seefiegeles führt, wurde ebenfalls gereinigt und vertieft. Die Gräben wurden in einer Tiefe von ca. 2,50 Meter ausgemauert und durch Mastenpflanzung gegen Erdrutsch gesichert. Sie erhalten eine Zementsteinsohle, um zu verhüten, daß bei Ausräumungsarbeiten die Sohle unregelmäßig vertieft und das Gefälle behindert wird. Die Gräben werden mit Zementsteinen in etwa 10 Zentimeter Höhe eingefriedigt, über denen Mastenpfähle angebracht werden. Man hofft so einerseits das Bestehen der Gräben und die Abführung von Unrat zu verhindern. Bei den Arbeiten stieß man in einiger Tiefe auf Reste von Pfahlroten, die von ehemaligen Ueberflutungen herrühren dürften. Ebenfalls wurden in der Dikstraße bei Mastenpfählen scheinbar alte Reste einer früheren Stadtmauer freigelegt. Die Grabungen bewiesen, daß der frühere Umflutgraben genau so tief, ja stellenweise sogar tiefer lag als der nunmehr ausgegrabene.

Die Kanäle

führen von der Einmündung an der Dikstraße diese entlang bis zur Dikmänner, durch diese entlang bis zur Nordstraße. Hier zweigt ein Kanal ab, der etwa in der Höhe des alten Stadtgrabens die Abwässer des Krankenhaus und des städtischen Seitengrabens der Provinzialstraße Kamens — Werne aufnimmt. Der Kanal führt nun durch die Dikmänner bis zur Kreuzung der Dikmännerstraße — Nordmänner — Westmänner. Hier soll ein großer Schacht ausgemauert werden, der von Süden aus einen Kanal aufnimmt. Dieser beginnt bei dem Grundstück Nornig in der Dikmännerstraße und führt durch diese bis zu genanntem Schacht. Er wird die von vielen Anwohnern über empfindlichen Abwässer des Edelkirchenhofes weiterleiten. Vorher mündet ein Kanal, der zum Durchlauf in der Dikstraße führt, später schließt eine Strecke zum Durchlauf in der Dikmännerstraße an. Ein weiterer Kanal führt zum nordwestlichen Ende des Edelkirchenhofes, um auch hier die früher in Gräben fließenden Gewässer aufzunehmen. Der Schacht an der Kreuzung in der Dikmännerstraße bildet zugleich die Wasserscheide, die früher bei der Turnhalle in der Dikmännerstraße lag. In die Schillstraße abbiegend, führen die Abwässer nun bis zum Ende der Schillstraße bei dem städtischen Gärtners, hier, wie schon vorher gesagt, in einen offenen Graben mündend. Beim Beginn der Gottesbergstraße beginnt wieder ein Kanal, der die Dikmännerstraße kreuzt, durch Starkefeld Grundstück in dem früheren Stadtgrabens der Dik 22 bis zur Dikmännerstraße führt und dort endlich seine Gewässer wieder der offenen Gräben überläßt, der nun bis zur Seefiegeles führt. Die kanalisierte Strecke ist 1 1/2 Kilometer lang mit einem Gefälle von 1:400. Die Abmessungen der Mauer betragen 50-80 Zm. Sie sind so tief gelegt, daß die tiefsten Keller zur Entwässerung ausgenutzt werden können. Stellenweise liegen sie bis zu 3 Meter unter der Straßenkante. — Daraus ergeben sich alle Möglichkeiten für

Kanalanschlüsse.

So werden die Abwässer der Dikmänner am Angenhof an der Dikmänner in den Kanal geführt. Auf eigene Kosten und gegen Zahlung einer demnach festzusetzenden Kanalgebühr können sämtliche Besitzer von in den Kanalgebieten liegenden Häusern diese an den Kanal anschließen lassen. Natürlich werden auch auf den benachbarten Straßen Einlaufrohre eingebaut, um das Tageswasser abzuführen. Die durch die Kanalisation überflüssig gewordenen offenen Gräben werden unter Verwendung der ausgehobenen Erdmassen zugeworfen und eingeebnet. Es wird Wenige geben, die ihnen Tränen nachweinen.

Die Arbeiten wurden von beiden Seiten aus in Angriff genommen und werden bis Weihnachten fertiggestellt sein. Zur Zeit sind etwa 60-70 Erwerbslose beschäftigt. Die hantliche Leitung liegt in den Händen des Stadtbauamtes, während der Bau durch den Unternehmer R. Freise ausgeführt wird.

Es steht außer Zweifel, daß mit der Beendigung dieser Arbeiten ein bedeutender Schritt in hygienischer und städtebildender Hinsicht gemacht ist. Wir wollen hoffen, daß der Kanalisation der Umflutgräben bald auch jene der ganzen Stadt folgt, wenn immer der arg in Anspruch genommene Stadtbauamt dies erlaubt. Und wir wollen uns wünschen und freudig sagen: Für uns ist das Jahr 1925 nicht allein das Jahr der Zehntausender der Rheinlande, sondern für uns ist gleichfalls

1925 das Jahr des ersten Kamener Kanals.

freieren mit großen Erwartungen entgegen. Es wird von beabsichtigten Neugründungen gesprochen.

(Vom Stabeisenverband.) Wie bereits früher gemeldet, sind die Bildung des Stabeisenverbandes und die Errichtung der Geschäftsstelle, die sich beim Stahlwerksverband in Düsseldorf befindet, beendet. Noch nicht geregelt war bisher nur die Frage des Anschlusses der Qualitätsstabeisenwerke an den Stabeisenverband. Auch in dieser Frage ist man neuerdings einen Schritt weiter gekommen infolge, als die Stabeisenwerke in Geisweide, die Stahlwerke Branninghaus in Werder, Eilen u. Co. in Hagen und die sächsischen Gußstahlwerke Döhlen in Dresden dem Stabeisenverband beigetreten sind und den Vertrag unterzeichnet haben.

(Arbeiterentlassungen.) Auf der August Tagung in Hamburg ist eine weitere Verminderung der Belegschaft

um 7% erforderlich geworden, sodaß heute weiteren 600 Arbeitern gekündigt wird. Von der Betriebskürzung werden namentlich die Maschinen- und elektrischen Betriebe und Werkstätten betroffen.

(Der Lohnstreik in Hohenlimburg.) Der Arbeitgeberverband hat in der Streikstraße der Metallarbeiter in Hohenlimburg den Vorschlag des Reichs- und Staatskommissariats, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen, abgelehnt. Die Gewerkschaften haben den Vorschlag dagegen angenommen. An eine Beilegung dieses Arbeitskampfes ist daher nicht zu denken.

(Das erste Kohlenloz auf den deutschen Solvawerken.) Auf den Deutschen Solvawerken in Borth wurde, nach einer Meldung aus Krefeld, am Schacht 2 in einer Tiefe von 818 Metern das erste Kohlenloz angefahren. Es hat eine Mächtigkeit von 1,70 m. Die Qualität ist ausgezeichnet. Schlagwetter wurden nirgends beobachtet.

"Und nicht vergessen hab' ich,
 "Und noch es wart'et nicht mehr als dieser
 eine Augen!"
 Und und forschend ruhen seines Augens in
 denen der Gefinn Einzellos. Sie unruhig
 flutend, großen flugartig. Seine beut
 reiten sich, guden, treten hin und her, aber sie
 bieten dem Gerichten fann.
 Sie gariges sein und xogen, die denen
 und mit einem beschiedig. Mit
 dem immer noch
 wohl ein Mittel für sie bleiben wollte.
 Und hinter dem Mann, der nun schon ein halbes
 Jahr hinter dem dicken Mannern des unter-
 gebrade dem ersten fuchdigen ward. In typen
 ward, der für den seeloben entlassen hatte,
 ein neuer Mann, ein Stimmung folgen,
 Diefer aber von der heimlich und leidenschaftlich
 geliebte Mann sein wurde?
 Man, da der mit nachsinniger Angst seit
 langem einkratete sprach in jeder Tagen be
 ginnen, da sich gerber Stupors schiedlich end-
 lich entlocken sollte, nachdem er ein halbes

„Es war ein ganz hoher Mann, eine kleine Statur, wie — Ihr Herrlicher sie sieht, das wissen Sie ja auch, Elena. Und wie ich selbst sie oft heimlich und heimlich mit mir ausreden habe. Mir war es nie, konnte es ja nicht sein, denn von Anfang an wollte ich, daß Sie mit Herrn Stuart waren. Und nun sagen Sie mir, ob Sie mit verzeihen?“

„Ich habe Ihnen nichts zu verzeihen, Constance. Denn ich sehe die Dinge anders als Sie. Wie und immermehr glaube ich an Herrn Stuart's Schuld.“

„Sinnest noch nicht? Mirs sind Ihre Zeugnisse für den Mann, der Ihren Verlobten ermordet hat.“

„Sage schon seine Freiheit bewahrt war, so ist Elena diese Zeit im Untersuchungsgefängnis, bis er etwas innerlich und Empfindliches empfunden, behauptet als Ursache gegen das, was Herr Stuart menschlichem Gemüthe nach bewilligt: seine Verurteilung.“

„Und wie, wie würde das Urteil fallen? Daß er als schuldig bestimmt wurde, ehesten außer allem Zweifel. So konnte man nur auf mit derbe Umstände, auf eine große Bemerkung der Schwere nach hoffen. Vielleicht würde auf Verurteilung nicht auf mich.“

„Zweifeln Sie nicht. Das war das Größte, das Größte, was man hoffen konnte, wie Dr. Sargent, Herr's Altmann Elena nur

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

„Sinn“, sagte Stenbøgel, Sinn, sei mit nicht böse. Ich habe dich oft bedacht. Aber weißt du, es kam mir nie von Sinnen. Ich leiste nicht ich freiem. Ich mit die Hand, Sinn, nicht bann.“ — Stenbøgel's Stimme wurde um, als ihres Stimmens Sprung in die Klänge. — „Ich bann...“ Ich mit dich mal die letzte Erlösung für die Menschheit. Ich habe es nicht gut gemeint, Sinn. Ich habe dir wenigstens nicht meinen Tod, keine. Ich habe dir nicht mit.“

Se nach der Stenbøgel'st dieser Jagd wurde kann man den Stenbøgel'st über Spalten, tiefer als einsteiner Begleiter des einzelnen

[illegible]

„So ein Mann ist nicht mehr Franz.“

Der prachtvolle Satos Steinhügel mochte seine
 ersten Besuchern unter einem Riesensack und
 fünf Baum von dem Hügel aus noch ganz be-
 stürzt einführen, daß man im Gathe des
 nur die letzte Einleitung vorzulegen sollten
 Start die letzte, Genth werde das ge-
 stas prima, prima Gilla.
 nicht für Monat saßte Satos Steinhügel
 in Gefährdung
 Für die? Gungig Satos alt. stiemais
 gaten. Cabelle 24, Biffer 4, 24to,
 5, 3 Wart monatlich, 24to aber ein
 5, 3 Wart monatlich, 24to aber ein
 stas prima, prima. Sie werden
 uns aufziehen sein.
 Ein Satos Steinhügel mochte seine
 ersten Besuchern unter einem Riesensack und
 fünf Baum von dem Hügel aus noch ganz be-
 stürzt einführen, daß man im Gathe des
 nur die letzte Einleitung vorzulegen sollten
 Start die letzte, Genth werde das ge-
 stas prima, prima Gilla.
 nicht für Monat saßte Satos Steinhügel
 in Gefährdung
 Für die? Gungig Satos alt. stiemais
 gaten. Cabelle 24, Biffer 4, 24to,
 5, 3 Wart monatlich, 24to aber ein
 5, 3 Wart monatlich, 24to aber ein
 stas prima, prima. Sie werden
 uns aufziehen sein.

Der englische Fachsinn.

werden sie sich das eigentliche Wort in ein
 geübter und hoher aus der vorliegenden
 Seite mit der Bildung von Jagdbunden
 derjenigen Schrifttums bezieht. Die meisten
 streiten der Jagdbunde wurden und werden
 werden in England gestiftet. Diese Jagdbunde
 werden oft besser gehalten als die anderen, um
 die prächtigen und besten Jagdbunde erachtet
 Jagdbunden angesehen und Lebensbedingungen
 mit denen eigentümlich eine moralische Jagdbunde
 Bildung hat nicht aufzuheben lassen kann. Dem
 werden auch der Hund des Jagdbunden trennen
 Lebensbedingung. Gekünte ist, so ist er doch immer
 ein Zier, der Schöpfung und Zug aus der
 kann und nur lebendige Gekünte, Jagdbunde
 und Bildung braucht. Jagdbunden ist an
 dem Gekünte der Jagdbundenbildung in Eng-
 land allerdings gekünte worden.

Je nach der Beschaffenheit dieser Jagd-
 und kann man den Jagdbunden oder Jagdbunde
 größer als einzelner Jagdbunde des einzelnen

A black and white woodcut-style illustration of a cow standing in a field. The cow is facing left, with its head turned slightly towards the viewer. It has a white body with large black patches, particularly on its back and hindquarters. The cow's legs are white. The background consists of a field with some foliage and a dark, textured area that could be a shadow or a different part of the field. The overall style is simple and graphic.

der einen Seite nehmen, auf der andern aber über den Sparacellen, welcher, in einem Sammengebeuge, bei der Befruchtung ein neues Stützglied beibringt, so daß der Befruchter in die Befruchtung eintritt. In diesem Sparacellenbeuge geschieht auch der Gutsprung. Sein Stützglied ist nicht demselben des Samens. Er trägt seinen Namen nicht etwa deswegen, weil er sich nicht auf den Gutsprung bezieht, sondern weil er sich selbst befruchtet. In diesem Gutsprung befindet sich das Gutsbeuge, weil es alle Eigenschaften eines thierischen Geschlechts in sich bezieht. Am Grunde der Befruchtung und des Gutsprungs befindet sich ein

Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß ein Fußgänger in acht Minuten englische Meilen hätte zurücklegen können, und daß eine Meile für gleich ungenügend wäre, wie ein Meilenstück für ein Rennpferd. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß ein Fußgänger in acht Minuten englische Meilen hätte zurücklegen können, und daß eine Meile für gleich ungenügend wäre, wie ein Meilenstück für ein Rennpferd. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß ein Fußgänger in acht Minuten englische Meilen hätte zurücklegen können, und daß eine Meile für gleich ungenügend wäre, wie ein Meilenstück für ein Rennpferd.

Jakob Iseubügel, der nicht sterben konnte.

Statt und zwar auf einer geraden Strecke. Er habe die Kränze eines geschulten Meisters. Er war ihm, als tiefe er...

glaubt ist, versucht man den zweiten. Da wird im Monchsheim ein französischer Soldat sichtbar, der auf die Verladestelle aufsteigt. Er tritt auf den erschrockenen Verladenden heran, tritt ihm die Uhr mit Ketten ab und entfernt sich. Nachdem der Franzose verschwunden ist, wagen sich die Leute mit dem Floß wieder vor und setzen ihre Arbeit fort. Plötzlich schleichen sich drei Zivilisten am Ufer entlang. Einer von ihnen begibt sich an das Floß und erbietet sich, bei dem Transport behilflich zu sein. Die Bochumer Kaufleute tragen Bedenken, das Angebot des wildfremden Menschen anzunehmen und lehnen seine Hilfe mit höflichen Worten ab. Dann ereignet sich folgender Zwischenfall: Vier französische Soldaten erscheinen auf der Bildfläche, ergreifen achtzehn Pakete und nehmen sie mit. Die Franzosen schleppen die geraubten Waren in ein nahe gelegenes Gebüsch und dort wurden die Pakete in Gegenwart der drei Zivilisten, die mit ihnen unter einer Decke hockten, geöffnet. Die Franzosen suchten sich aus, was sie gebrauchen konnten, ließ man zu. Zum Glück gelang es, die anderen Zeitgenossen ausfindig zu machen, die ihre Handschuhe an die Franzosen verraten hatten. Es waren der Arbeiter Richard Hasenader, der Kanalarbeiter Franz Polkehn und der Kienmacher August Polkehn. Das Gericht verurteilte Hasenader zu 6 Monaten, die Mitangeklagten Franz und August Polkehn wegen Hehlerei zu je 4 Monaten Gefängnis.

Oberhausen, 17. Okt. Der Typhus in Oberhausen hat wiederum zwei Opfer gefordert. Von 84 Erkrankungen sind bisher 10 tödlich verlaufen.

Hamborn, 17. Okt. (Wozu das Rasiermesser dienen muß.) Nachts kam es vor der Wirtschaft E. in Neumühl zu einer folgenschweren Schlägerei, wobei der Arbeiter Konrad Kallus aus der Parkstraße von dem Arbeiter Richard Hasenader aus der Lessingstraße am Kopfe schwer verletzt wurde und auf dem Boden zu liegen kam. Schließlich zog E. ein Rasiermesser und durchschnitt B. ein Bein bis auf die Knochen. Als man dann versuchte, dem Nöckling das Messer zu entreißen, erlitt K. schwere Schnittwunden an der Hand. Beide Verletzte mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Mülheim, 17. Okt. Bei einer Schlägerei erlag im Altkrankenhaus in der Kohlenstraße der Arbeiter Friedrich Galt den Verletzungen. Der Arzt Dr. Eickhoff und der Wundarzt hatten an einer Verdrängung teilgenommen, wonach sie bis in die frühen Abendstunden hinein Wundverbände versorgten und sich betrauten. Der Streit selbst entstand wegen einer nichtigen Ursache, indem B. durch einen Zufall dem C. den Hinterrücken vom Kopfe schlug, worauf dieser das Messer zog und B. niederstach.

Mülheim-Nuhr, 16. Okt. (Aus der Fremdenlegion zurück.) Voller neun Jahre hatte der einzige Sohn der Eheleute Schiffmann in Mülheim-Dümpfen in der französischen Fremdenlegion gedient. Nunmehr ist er, nachdem es ihm gelungen war, zu entfliehen, wieder in sein Elternhaus zurückgekehrt. Von Wilhelmshaven aus, bis wohin er sich recht und schlecht durchgeschlagen, wurde ihm freie Heimreise gewährt. Er übernahm seinen Vater auf dessen Arbeitsstelle, und man kann sich dessen Freude über die Rückkehr des einzigen Sohnes ausdenken. Die Schilderungen des Heimgekehrten geben ein erschütterndes Bild von dem Elend und den Leiden der Deutschen in der Fremdenlegion.

Duisburg, 17. Okt. (Der Schleusenbau am Rhein-Herne-Kanal.) Der Vertrag auf dem Rhein-Herne-Kanal befindet sich in fortgeschrittener Entwicklung und umfaßt jetzt über 2 Millionen Tonnen Schiffsraum in einem Monat. Die für die Ausfahrt in den Rhein bisher zur Verfügung stehende Schleufe 1 ist derart in Anspruch genommen, daß Tag- und Nachtbetrieb notwendig ist. Man muß es als einen Glücksfall betrachten, daß diese Schleufe in den 10 Jahren ihrer Dienstleistung nie versagt hat. Die Verstopfung des Wasserweges wäre im Falle eines Versagens der Schleufe geradezu unüberwindlich. Dieser Gefahr wird jetzt vorbeugt durch den Bau der neuen Schleufe 2. Nach ihrer Fertigstellung wird die Leistungsfähigkeit des Schiffahrtsweges außerordentlich gesteigert werden. Die neue Schleufe wird im Frühjahr 1926 dem Verkehr übergeben werden.

Duisburg, 17. Okt. (Geisnahme eines Banknotenfälschers.) Nach einer Meldung aus Amsterdam ist in der Banknotenfälscherangelegenheit das Haupt der Bande, die über 800 falsche Banknoten in Verkehr brachte, ein Duisburger namens Andreas de Bruin, festgenommen worden. Es wird angenommen, daß er auch in Deutschland Banknoten gefälscht hat und mit der vor einiger Zeit in Düsseldorf und Elberfeld festgenommenen Banknoten-Fälscherbande in Verbindung gestanden hat.

M.-Glabbach, 17. Okt. (Straßenbahnunfall.) Während des Umräumens eines Straßenbahnwagens vor dem städtischen Friedhof sprangen schon einige Fahrgäste auf den Anhängewagen, der mit dem Motorwagen noch nicht zusammengekoppelt war. Durch die Erschütterung geriet der Anhängewagen in Bewegung und rollte einen Berg hinab. Der Schaffner sprang im letzten Augenblick auf und bremste mit aller Gewalt. Da die Straße sehr steil ist und das Gefälle wegen des Regens naß war, konnte er den Anhängewagen aber nicht zum Stillstand bringen, so daß ein Zusammenstoß mit einem von Vieren kommenden Straßenbahnzuge erfolgte. Trotz der Warnung des Schaffners sprangen bei der entsetzlichen Panik mehrere Fahrgäste aus dem Wagen. Fünf von ihnen wurden verletzt und zum Krankenhaus gebracht, aus dem aber vier der Verletzten schon wieder entlassen werden konnten.

Nachen, 16. Okt. (Im eigenen Vater als Mörder verdächtigt.) Im Mordprozeß gegen den Händler Hubert Wels aus Langerwehe wurde der Handelsmann Joseph Haas wegen Tötung des Handelsmannes Joseph Haas durch den Angeklagten, der fälschlich den eigenen Vater der Tat beschuldigte,

trotz des hartnäckigen Beugens vom Schwurgericht als schuldig befunden und wegen Totschlags zur höchsten Strafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verdachtsmomente für die Mordtat, daß er mit Ueberlegung gehandelt habe, reichen für ein Todesurteil nicht aus. Mildernde Umstände wurden ihm versagt.

Koblenz, 17. Okt. In der Angelegenheit des Diebstahls von 92.000 M. der Reichsbank von der Post anschlüssender Gelder, ist jetzt in Koblenz ein Mann als der Tat verdächtig an die Haft genommen worden. Er leugnete, irgendwie an diesem Diebstahl beteiligt zu sein. In seiner Wohnung wurde kein Geld gefunden. Er selbst trug 2 Spielkugeln bei sich. Es ist ein von mehreren Verhörten gesuchter Mensch, der von hiesigen Augenzeugen und aus Sächsen bekannt sein soll.

Trier, 17. Okt. (Selbstmord aus Furcht vor Strafe.) Vor dem Tunnel bei Engweiler lag sich der 17-jährige B. Jung aus Idar von einem Zug überfahren. Er war sofort tot. Jung war Angehöriger der Sparkasse. Er hatte in jugendlichem Leichtsinne vom Konto seines Vaters die Summe von 80 M. erhoben und das Geld verjubelt. Aus Furcht vor elterlicher Strafe beging er die Tat.

Trier, 17. Okt. (Ein Mörder vor Gericht.) Hier fand vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den 19 Jahre alten Maurer Peter Trampert aus Steinberg statt, der am 11. Juli seine Tante, die Witwe Andreas Märs, mit einer Axt erschlagen und den toten Körper in entsetzlicher Weise verstümmelt hatte. Die Tat erfolgte, weil die Ermordete zwei Jahre vorher ihren Sohn angetödtet hatte, den Vater des jetzigen Angeklagten zu erschlagen. Der Angeklagte, der die Tat nach dem ärztlichen Gutachten in einem Dämmerzustande vollbracht hatte, wurde zu vier Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Vorstrafe verurteilt.

Wülzburg a. d. Lahn, 17. Okt. (Großfeuer.) Morgens gegen 7 Uhr brach in der Bau- und Möbelfabrik Moser, der auch einen Sägemühle und Getreidemühle angegliedert hat, Feuer aus, das bei starkem Winde in den großen Holzvorräten gewaltigen Umfang annahm. Während die Tischlerei und das große Holzlager völlig niederbrannten, konnten die Mühle und die angrenzenden Gebäude gerettet werden. Der Schaden ist sehr beträchtlich und zum Teil durch Versicherung gedeckt. Drei Arbeiter der Nachtschicht wurden von der Polizei unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

Aus aller Welt.

Schiffkatastrophe. Zwischen Älfen und den dänischen Inseln geriet ein Motorschoner von der Insel Årø, der von Hadersleben mit Hafer nach Kopenhagen abgegangen war, in Brand. Wenige Minuten, nachdem die Besatzung das Schiff verlassen hatte, ergriff das Feuer den mitgeführten Getreidevorrat, und das Schiff flog in die Luft.

Bergwerks-Zwischenfall in Steiermark. Infolge Versagens eines Aufzuges in der Kohlengrube der Alpinen Montangesellschaft zerschmetterte eine Förderseile, so daß es zunächst nicht möglich war, die im Bergwerk in einer Tiefe von 300-400 Metern in verschiedenen Stollen befindlichen 300 Arbeiter zu Tage zu fördern. Ueber den Unfall teilt die Bergwerksdirektion mit, daß infolge Versagens einer Dampfboilerleitung auf der Förderanlage die in Bewegung befindlichen Förderseile vier beladene Hänge über den Förderkorb hinausgezogen, da es unmöglich war, die Bremsen zu ziehen. Dadurch riß das Förderseil. Die in der Grube befindlichen Bergleute sind darauf durch einen anderen Schacht ausgefahren. Keiner auf der Grube befindlichen Arbeiter ist etwas zugefallen.

Die Diebstähle der Gräfin Bothmer. Tatsachen und Klatsch. Der Stadtklatsch in der Kleinstadt Potsdam begann mit einem angeblichen Duell zwischen Graf Bothmer und einem Herrn Z. In Wahrheit hatte sich der „Duellant“ selbst in die Brust geschossen, und zwar aus Gram über seine Frau.

Diese Frau steht seitdem im Mittelpunkt des hiesigen Potsdamer Gerüchels, und was innerhalb von zehn Tagen über diese Gräfin und ihre Affäre zusammengekommen wurde, dagegen sind die Märschen von 1001 Nacht das stumme Gemurmel eines verlegten Bürgergrabs.

Zweifelloso ist nicht alles in Ordnung. Vor einem Jahr schon verschwanden eine Dame, die in Bad Polzin für an Tür mit der Gräfin Bothmer wohnte, 500 Mark, und ganz Potsdam murmelte etwas von einem Hauptmann Sester, der das Geld für die mit ihm befreundete Gräfin gestohlen haben soll. Jetzt ist dieser Offizier zur Disposition gestellt und wartet auf die Erhebung der Anklage.

Dann kam die Geschichte mit Geheimrat Nied. Als der einmal verreisen mußte, überließ er Frau v. Bothmer die Überwachung seiner kostbar eingerichteten Wohnung. Als er wiederkam, waren Kisten und Kisten leer. Silber fehlte, Porzellan und Perlebrücken. Er hatte sofort Verdacht gegen seine Freundin. Warum? Kannte er ihre „Neptomanische“ Neigung, von der ganz Potsdam spricht? Warum übergab er ihr dann die Überwachung?

Nun aber kommt das Merkwürdige. Zuerst schickte sich Graf Bothmer, dem die Gerüchte zu Ohren kamen, eine Kugel in die Brust. Er hält also seine Frau für schuldig? Die bestreitet alles. Wer will es ihr nachweisen? Und dann — — —? Er erhält der katholische Pfarrer Mariade einen seltsamen Brief, in dem eine „sterbende Frau“ sich selbst des Diebstahls bezichtigt. Der Pfarrer darf das Schreiben nicht herausgeben. Wer kann den

Brief geschrieben haben? Die Gräfin, sagen die einen. Ihre Rechte, sagen die anderen. Dieses Fräulein v. Brunislawski scheint ebenfalls in die Affäre verwickelt zu werden. Wie, weiß man noch nicht, aber ganz Potsdam weiß schon, daß — — —! Inzwischen hat Regierungsrat Nied einen anonymen Brief bekommen, in dem die Gräfin als unschuldig bezeichnet wird. Das besagt nichts, aber in einem anderen Briefe stand, das Silber liege im Teiche. Man fischte in dem See des Gartens der Niedschen Villa herum und — fand tatsächlich ein verschüttetes Paket mit dem gestohlenen Silber.

Es geht noch weiter. Die in Berlin wohnende Tochter des Herrn Nied wird telephonisch in die Wohnung der Gräfin Bothmer gerufen. Sie fährt mit dem nächsten Zug nach Potsdam und — findet auf dem Treppenaufgang des Bothmerischen Hauses ein Paket mit wertvollem Porzellan. Natürlich ebenfalls Teile des gestohlenen Gutes.

Potsdams Stadtklatsch hat noch viel, sehr viel hinzugefügt. Aus der Fülle des Materials läßt sich, wenige Tage vor Erhebung der Anklage, nur schwer der wahre Kern erörtern. Tatsache ist, daß die Gräfin an den Diebstählen beteiligt ist, denn sie wurde beobachtet, wie sie wertvolle Vasen im Gebüsch hinter der Garnisonkirche versteckte. Allein kann sie das viele Zeug und die schweren Teppiche nicht fortgeschleppt, sie muß Helfershelfer gehabt haben. Ob Fräulein v. Brunislawski und Hauptmann Sester in Frage kommen, muß die Verhandlung ergeben.

Tatsache scheint ferner, daß von dem gestohlenen Gut nichts verkauft wurde, wie denn überhaupt die Diebstähle nicht zum Zweck der Bereicherung ausgeführt zu sein scheinen. Die Briefe sind natürlich gefälscht, auch die ungeschickte Art, wie jetzt paketweise Silber und Porzellan sich wieder einfänden, deutet darauf hin, daß mit der Klatschgabe gerechnet wurde. Vielleicht erscheinen auch die Perle wieder auf der Bildfläche, allerdings kann man die nicht in Paketen verpacken. Man kann sich vorstellen, daß Potsdams Gesellschaft, der die Affäre äußerst peinlich ist, mit Spannung und nicht eben freudigen Gefühlen dem Prozeß entgegensteht. (Aus der „M.-W. Ztg.“)

Als Komet entdeckt. Wie der Leiter der Sternwarte in Charloß (Südrussland) telegraphisch über Kiel mitteilt, entdeckte der Astronom Barabassoff den genannten Observatoriums am Abend des 9. Oktober einen neuen Kometen im Sternbild des Pegasus südlich vom Stern Theta. Das Gestirn besitzt die Helligkeit eines Sternes von der Größe 5,5, die etwa die Sichtbarkeitsgrenze für das bloße Auge bildet. Der Komet zeigt einen deutlichen Schweif und kann schon mit schwachen optischen Hilfsmitteln beobachtet werden.

Eugen Sandow gestorben. Der bekannte starke Mann und einer der frühesten Befürworter der Körperkultur, Eugen Sandow, ist in London gestorben.

Wirtschaft und Handel.

Die Marktlage für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Nach dem Wochenbericht der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat begann mit den ersten Tagen des Oktober in unserem Lande die Geschäftslage für Getreide sich zu bessern. Eine ebenso unvermutete wie plötzliche Verschärfung erfuhr die Hauffebewegung am 7. Oktober, als aus Amerika eine schaffende Bewegung der Chicagoer Weizenpreise getriggert wurde. Die Rückwirkung davon zeigte sich sofort am Berliner Markt, indem die Preise für Weizen vom 6. bis 7. Oktober weiter um etwa 5 Mark pro Tonne in die Höhe gingen. Nachdem in den letzten Tagen jenseits des Ozeans ein Rückschlag erfolgt war, gingen auch die deutschen Preise ungefähr auf ihren vorherigen Stand zurück. Vom Mehl geschäft ging keine nennenswerte Stütze aus. Was das Geschäft in Gerste betrifft, so haben im Anschluß an die allgemeine Bewegung die Preise hierfür etwas angezogen, zumal das Angebot nachgelassen hatte. Für Futterartikel hatten sich die Preise teilweise ebenfalls bessert, und die Umsätze ein wenig belebt, doch schien nur für Kleie die Besserung bis zum Schluß durchzuhalten. Die Konkurrenz der polnischen Kleie scheint vorläufig erledigt zu sein und die Nachfrage nach unserem Inlandsmaterial macht sich stärker bemerkbar.

Die Sanierungsverhandlungen bei der Hannoverischen Waggonfabrik (Hawo) nehmen einen günstigen Fortschritt, jedoch der Wiederaufbau und die Fortsetzung des Unternehmens sichergestellt erscheint. Die Geschäftsaufsicht ist für zwei weitere Monate in Aussicht genommen.

(Zur Kündigung der gesamten Belegschaft des Waldburger Neviere.) In dem Lohnkonflikt im Waldburger Bergbau beschäftigt das Reichsarbeitsministerium nicht im Wege des Schlichtungsverfahrens nochmals eingzugreifen. Das Ministerium hat dem Regierungspräsidenten Jeanette in Breslau telegraphisch anheimgestellt, eine Verständigung zu versuchen.

Volk und Wissenschaft.

Was will die Medizinische Woche? Seit Beginn der Inflation führt die deutsche Wissenschaft den schwersten Kampf um die Erhaltung ihrer Existenzgrundlagen. Als der Währungsverfall im Jahre 1920 immer fühlbarer wurde und die Fortsetzung wissenschaftlicher Arbeiten schwer beeinträchtigte, gründeten die deutschen Akademien der Wissenschaften, Universitäten und sonstigen Hochschulen in Verbindung mit einigen großen Verbänden von Wissenschaftlern die Medizinische Woche der Deutschen Wissenschaft mit der Aufgabe, die der deutschen wissenschaftlichen Fortschritt durch die wirtschaftliche Notlage erwachene Gefahr völligen Zusammenbruchs abzuwenden.

In viereinhalbjähriger Tätigkeit gelang es ihr, mit Stiften des In- und Auslandes, vor allem aber mit Hilfe des Reiches, im Zusammenarbeiten mit den Kultusverwaltungen der Länder, manchem Notstand abzuwehren, und die Durchführung vieler Forschungsaufgaben zu ermöglichen. Die bisherige Arbeit der Notgemeinschaft hat aber auch gerade mit voller Deutlichkeit die Mängel auf allen Gebieten der Wissenschaft erkennen lassen, die es noch auszufüllen gibt. Mit einer Denkschrift über Forschungsaufgaben im Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls ist jüngst die Notgemeinschaft an den deutschen Reichstag herangetreten, um Mittel für diesen Zweck zu erbitten.

Die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Volksgesundheit steht dabei mit in erster Linie. Willkommen ist der Notgemeinschaft daher in diesem Augenblicke die Anregung aus Kreisen der Gewerkschaften, vor allem des Gebietes, das am schwersten unter der fremden Besatzung leiden mußte, des Ruhrgebietes, sowie des Oberbürgermeisters von Essen, auf einem wichtigen Teilgebiet der deutschen Wissenschaft, der Medizin, vor der Arbeiterschaft einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung zu geben, um darzulegen, wie diese Fragen das gesamte Volk, vor allem auch die Arbeiterschaft angehen, wie die Wissenschaft zu helfen bemüht ist, und welche großen Aufgaben fürder ihrer warten. Aus freudiger Mitarbeiterschaft soll durch den Mund der ersten Forscher Deutschlands dem werktätigen Volk nähergebracht werden, was die medizinische Wissenschaft bisher geleistet hat und welcher lohnende Arbeitskreis hier noch winkt. Unter dem Zeichen „Die medizinische Wissenschaft und das werktätige Volk“ veranstaltet die Notgemeinschaft im Krupp-Saal des Städtischen Saalbaues in der Zeit vom 25. bis 31. Oktober eine medizinische Woche. Die Einladungen erfolgen von den drei großen Gewerkschaftsverbänden.

Der Reichsfunktor Dr. Lührer nimmt an diesem Plan lebhaftes Interesse und will die Woche selbst durch eine Ansprache einleiten. Aber auch die hervorragenden Forscher haben, obwohl ihnen damit beträchtliche persönliche Opfer zugemutet wurden, sich dem Rufe der Notgemeinschaft nicht versagt. Die Oberbürgermeister sämtlicher großen Städte des Ruhrgebietes sind unter dem Vorsitz des Essener Oberbürgermeisters Dr. Brandt in einem Grenzausschuß vereinigt worden. Die bisherigen Vorschläge ergaben, daß der Gedanke der medizinischen Woche vollem Verständnis und allseitiger lebhafter Zustimmung begegnet.

Kunst und Wissenschaft. Der staatsgefährliche Körperbau. Wie die Moskauer „Pravda“ mitteilt, hat das staatliche Spielplan-Komitee folgende Maßnahmen beschlossen: Die Oper „Lohengrin“ muß als romantisch-mythologisches Werk vom Spielplan entfernt werden. Sie kann aber durch den „Eiegfried“, der in ideologischer Beziehung dem russischen Theaterleben näher steht (!), ersetzt werden. In der Oper „Eugen Onegin“ muß aus dem ersten Akt die verlogene idyllische Episode mit den leiblichen Bauern gestrichen werden. Die Oper „Werther“ wird verboten, da es unangebracht ist, heutzutage „Werther-Stimmung“ zu nähren. Schillers „Maria Stuart“ wird als „monarchisch-religiöses“ Werk gleichfalls verboten. Auch die (dramatisierten) „Brüder Karamasow“ von Dostojewski dürfen nicht aufgeführt werden, da das Werk einen schädlichen Einfluss haben könnte. Die „Pravda“ teilt weiter mit, daß ein Moskauer Verlag ein neues Stück verlegen wollte, das in Afrika unter Affen spielt und in dem zwei feindselige Affengruppen vorkommen. Die einen sollten eine rote und die anderen eine blaue Signale haben. Die Zensur erlaubt das Stück nur unter der Bedingung, daß der rote Hinterteil durch einen — gelben ersetzt wird! — Ihr Ehrer der „Pravda“ muß gesagt werden, daß sie weit davon entfernt ist, solche Maßnahmen zu billigen, und es sogar wagt, den Zensoren den schmeichehaften Namen „Sowjetnarren“ zu verleihen. Nicht zuletzt dank dieser scharfen Stellungnahme ist jetzt die bisher verbotene Oper „Donna Lisa“ von Max v. Schillings zur Aufführung freigegeben worden.

(Studienstützung des deutschen Volkes.) In München tagt der zentrale Arbeitsausschuß der Studienstützung des deutschen Volkes. Die Studienstützung des deutschen Volkes ist zu Beginn dieses Jahres von der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft ins Leben gerufen worden zu dem Zweck, besonders tüchtigen und begabten und armen Abiturienten das akademische Studium zu ermöglichen. In diesem Jahre sind insgesamt 891 Gesuche eingegangen. 219 Bewerber konnten zunächst für ein Studienjahr in die Studienliste des deutschen Volkes aufgenommen werden. Die gegenwärtige Beratung dient der Aussprache über wichtige grundsätzliche Fragen der bisherigen Erfahrungen und der zukünftigen Gestaltung der Studienstützung des deutschen Volkes.

Die Deutsche Theater-Ausstellung wird im kommenden Jahre in Magdeburg stattfinden. Sie ist in der Geschichte des deutschen Theaters im Verlaufe von 33 Jahren die dritte ihrer Art, wenn man von einzelnen Spezialausstellungen absieht. Ihre Vorgängerinnen waren die Wiener Theaterausstellung von 1892 und die Berliner vom Jahre 1910.

Der bekannte Geschichtsforscher Prof. Dr. Felix Liebermann in Berlin, ein Bruder des Malers Max Liebermann, der vor einigen Tagen von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt wurde, ist an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben. Er hat ein Alter von 74 Jahren erreicht.

Die Korrespondenz des Vertreters der schen Ermachungen für dieungen, inüberall.
Das Garaschen undiedsollen, hben. Wträgedann als ofall nichthern etwaSo wirallen se.
Undin diesemaufretendwar, foSpruchinterordnundene.
Dieergeben sAuswirkunändertund seinerden Komvon deisollen, sitdräglichFrage dergenomnSelbstwindenErklärung.
Es tragesvillig geheren Nigen keintGegenfatzlangte unwarden.
Daf esfüergibt siMinisterdieser ZMinisterbald nachommissaobekommnach Pa.
der in für Deutlichen ebenfallshpendenzers na.
H he iVerhälcarnohabenmiell cW si pW dürfe, bief deKompeMinistesch Zgeftend in Lovgreif dfe W.